

Neuer Vorwärts

Nr. 192 SONNTAG, 14. Februar 1937

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Methode Ribbentrop

Malaga

Die Kolonialerpressung

Die Elite der Nation

Verzweiflungstreik in Schlesien

Bilder von der Versklavung der deutschen Arbeiterschaft

Am Freitag, dem 5. Februar, brach in der bekannten Glashütte »Josephinenhütte« ein mehrstündiger Streik aus. Die Betriebsleitung hatte vor Weihnachten einen neuen Betriebsleiter aus Kunzendorf O. L. engagiert. Dieser Herr, namens Koß, führte strenge »Disziplin« ein und schikanierete und peinigete die Arbeiter seiner Abteilung bis zum Weißbluten. Einer seiner ihm unterstellten Arbeiter, den er dauernd schikanierete, beging aus Verzweiflung Selbstmord.

Diese Tatsache löste bei seinen Mitarbeitern heftige Empörung aus und sie verlangten kategorisch vom Betriebsführer die sofortige Entlassung dieses Unmenschen. Der Betriebsführer lehnte dieses »fremde Ansinnen«, wie er sich ausdrückte, jedoch ab und so trat die gesamte Abteilung, 90 Glasschleifer, am Freitag vormittags in den Streik. Am Nachmittag holte der Betriebsführer den Amtswalter der Arbeitsfront zur Hilfe. Derselbe forderte unter Drohungen aller Art die Arbeiter auf, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, da sie sonst wegen des »Verbrechens wider Volk und Staat« strengste Bestrafung zu erwarten hätten. Diesen Drohungen des gewerkschaftlichen Amtswalters gelang es dann, daß die Arbeiter nachmittags 3 Uhr die Arbeit wieder aufnahmen.

Aber die Ruhe war deshalb unter der Belegschaft nicht eingetreten, im Gegenteil. Am Samstag, dem 6. Februar, verlangte erneut die Belegschaft der Abteilung, die fristlose Entlassung des Koß. Der Betriebsleiter lehnte auch hier wieder die Entlassung kategorisch ab mit dem Bemerkten, er brauche diesen schneidigen Betriebsleiter, damit endlich mal deutsche Disziplin in den Betrieb Einkehr halte und die alte Schlampelei von früher aufhöre. Ähnlich äußerte sich auch der Amtswalter der DAF den Arbeitern gegenüber. Nur die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder gar — infolge Denunziation durch den Arbeitsfrontbonzen — schwere Strafen zu gewärtigen, hielt die Leute von einer weiteren Arbeitseinstellung ab, aber der Bann ist gebrochen und die Arbeiter wissen jetzt, wie sie von den Betriebsführern und ihren getreuen Vasallen, den Arbeitsfrontvertretern behandelt werden. Die Ruhe selbst wird nicht mehr einkehren, trotz aller angedrohten Maßnahmen. Jetzt sucht man eifrig nach dem »Anstifter« des Streiks, um ihn an den Galgen zu liefern.

Die Ausbeutung der Rüstungsarbeiter

In der Schlesienschen Zellwolle-AG in Kunzendorf bei Hirschberg, einem halbstaatlichen Betrieb, der aus staatlichen Mitteln errichtet wurde und etwa 900 Mann Belegschaft hat, wird hauptsächlich Schießbaumwolle für die Heeresleitung hergestellt. Der Betrieb selbst steht unter Aufsicht der Heeresleitung und ist auf das Beste eingerichtet. Tiefe betonierte Keller und Aufbewahrungsräume, Säure- und Giftkammern aus Eisenbeton befinden sich in den Fabriksanlagen. Die Arbeiter werden auf das Unerhörteste ausgebeutet. Der Betrieb arbeitet dauernd Tag und Nacht in drei Schichten à 3 Stunden, auch Sonn- und Feiertags müssen die Arbeiter durcharbeiten, selbst zu Weihnachten war der Betrieb voll im Betrieb.

Die Arbeit selbst ist sehr gefährlich und vor allem gesundheitsschädlich, so daß tägliche Betriebsunfälle an der Tagesordnung sind. Erst kürzlich verunglückte der Klempner Richard Ziegert aus Herichsdorf tödlich, als er in einer der Giftkammern ein Rohr ausbessern mußte. Ohne jede Schutz-

maske, ohne jeden menschlichen Beistand, mußte Ziegert in die Giftkammer, die keinen Luftzug noch Abzug hat und nach 5 Minuten war Ziegert eine Leiche, er wurde tot am Boden liegend aufgefunden. Keine dieser Giftkammern hat irgendwelche Schutzvorrichtung, noch Luftzug, das hat man bei dem pompösen Bau vergessen.

Die Krankheits- und Betriebsunfallziffer steigt von Tag zu Tag und ist so stark geworden, daß die Krankenkasse in Hirschberg, der der Betrieb angeschlossen ist, bei der zuständigen Behörde nachgesucht hat, für die Zellwolle-AG eine eigene Betriebskrankenkasse einzuführen, da sie nicht in der Lage sei, den hohen Krankenstand der Zellwolle-AG weiter zu tragen, sie ginge daran finanziell zugrunde.

Die Arbeiter werden an den Maschinen so stark überanstrengt, daß sie nach einigen Monaten Nervenzusammenbrüche bekommen und wochenlang arbeitsunfähig sind.

Sehr stark sind die Erkrankungen der Atmungsorgane und der Lunge. Es wird berichtet, daß viele Arbeiter, die erst ein halbes Jahr im Betriebe arbeiten, dem baldigen Tod geweiht sind, ihre Lungen seien vollständig zerfressen und sie sterben langsam dahin. Die Säuren zerstören auch sehr bald die Zellgewebe und rufen entsetzliche Krankheiten hervor. Der Betrieb, der seit etwa einem halben Jahr voll im Betrieb ist, beschäftigt zur Zeit 900 Arbeiter, die in drei Schichten à 300 Mann Tag und Nacht arbeiten, auch Sonn- und Feiertags. Die Menge der zur Zeit hergestellten Schießbaumwolle beträgt wöchentlich etwa für 500.000 Mark. Die Fertigware wird täglich in Lastkraftwagen abgeholt, den Bestimmungsort weiß niemand, außer der Betriebsführung.

Die Bezahlung der Arbeiter ist geradezu erbärmlich, besonders wenn man die Gefährlichkeit der Arbeit und das rücksichtslose Ausbeutungssystem in Betracht zieht.

Unbarmherziger Lohndruck

In den Glashütten des Schreiberhauer Gebietes werden zur Zeit weitere Lohnkürzungen im Einverständnis und Duldung der Arbeitsfront durchgeführt, obwohl erst im Frühjahr 1936 15 Prozent Lohnabzug dekretiert wurde. Bei den neuen Mustern und von der Betriebsleitung festgesetzten neuen Akkordsätzen sind die Verdienstmöglichkeiten der Kunstglasschleifer weiter herabgedrückt worden. Bei den neuen jetzt herausgekommenen Modellen arbeiteten vier Mann drei Tage und verdienten zusammen netto 25,20 Mark, so daß also ein Tagesverdienst von kaum 2 Mark pro Arbeiter herauskommt. Alle Einwendungen gegen diese enorme Herabsetzung des Akkordsatzes bei Kunstzeugnissen half nichts, der Betrieb kann — nach Ansicht der Betriebsleitung und der Vertreter der Arbeitsfront — um konkurrenzfähig zu bleiben, einen höheren Akkordsatz nicht zahlen, die neuen Muster seien mit den neu kalkulierten Preisen heraus und nun könne nichts mehr geändert werden.

Kurz vor Weihnachten wurde in Schreiberhau ein Betriebsappell für die Glasarbeiter des Bezirkes angesetzt. Es erschienen etwa 500 Arbeiter. Der Rechtsberater der DAF aus Hirschberg hielt ein langweiliges Referat und erzählte u. a. den Versammlungsteilnehmern etwas vom »deutschen Sozialismus«, von der »Volksgemeinschaft«, von der Pflicht der Arbeiter, alles daranzusetzen, daß die Betriebe gut florieren und daß es notwendig und erforderlich sei, die Aufrechterhaltung der Betriebe mit allen Mitteln

durchzusetzen. In der heimischen Glasindustrie würden leider noch zu hohe Löhne gezahlt, dadurch würden die Betriebe unrentabel und sie seien auf dem Weltmarkt mit ihren hohen Gestehtspreisen nicht konkurrenzfähig und so weiter. Die Arbeiter hörten sich den Kohl ohne jedes Interesse an. Nach der Rede des Herrn der Arbeitsfront erhob sich der Betriebsführer der Josephinenhütte und erklärte, daß die Betriebsleitung trotz der finanziell schlechten Lage der Betriebe sich erlaube, im Interesse der »Volksgemeinschaft« jedem Teilnehmer zwei Biermarken gratis zu spenden. Der Pferdefuß dieser Spende kam sofort hinternack. In gleichem Atemzug erklärte der Herr Betriebsführer, daß nach dem gehörten Vortrag des Herrn Rechtsberaters und im Einverständnis mit den Herren der Arbeitsfront ab Neujahr

alle tariflichen Löhne um 10 Prozent gekürzt und auch alle Akkordsätze um 10 Prozent herabgesetzt werden müßten.

Das erfordere die Rentabilität der Betriebe u. w. In der darauf folgenden Aussprache beschwerten sich einzelne Glasarbeiter über die nochmaligen Lohnkürzungen und daß sie sich für die dann verdienten Löhne kaum das allernotwendigste für den Lebensunterhalt kaufen könnten.

Ihnen wurde von dem anwesenden Vertreter der Arbeitsfront ganz energisch erklärt, sie sollten ja ruhig sein und arbeiten, sie müßten Gott danken, daß sie überhaupt noch im Betriebe tätig sein könnten und wenn sie im Akkord so wenig verdienten, so sei das ein Beweis dafür, daß sie faule Kerle seien und nicht wert seien, dem Staate des großen Führers Hitler zu dienen!!!

In der Arbeiterschaft der Glasindustrie des Riesengebietes herrscht ob diesem Vorgehen der Glasindustriellen, die alle ein glänzendes Geschäftsjahr hinter sich haben, eine starke Erbitterung. Man erwartete allgemein, daß dieses Vorgehen der Unternehmer und die Duldung ihrer brutalen Unternehmermaximen durch die DAF, ja sogar die Befürwortung der Abzüge durch die Gewerkschaftsbonzen der DAF auch dem letzten Nazianhänger die Augen öffnen werden über die Unternehmerstützen der DAF. Die Versprechungen vom 2. Mai 1933, daß den Arbeitern ihre Rechte und Ansprüche an die Gewerkschaften auch unter dem neuen Regime voll garantiert würden, ist zum Hohn geworden. Nicht nur, daß die DAF öffentlich für die Unternehmer und ihre Interessen eintritt und sich damit vor aller Welt als Kapitalzuhälter entlarven, kommt auch noch hinzu, daß sie den Arbeitern ihre statutarischen Rechte auf Unterstützung in einer Weise verschlechtern, daß es überhaupt kaum der Mühe lohnt, noch Unterstützung zu beantragen. Nicht nur, daß erst genau geprüft wird, ob der Arbeitslose eine Gewerkschaftsunterstützung würdig ist und notwendig hat, bekommt er im Unterstützungsfall die ersten sieben Tage nichts. Dann acht Wochen lang pro Tag 45 Pfg. bei Frau und einem Kind, das sind 2,70 Pfg. die Woche. Früher, in den freien Gewerkschaften erhielt derselbe Arbeiter bei demselben Beitrag pro Woche neun Mark, und zwar 13 Wochen lang. Den Schwindel mit der Arbeitsfront erkennt jetzt auch der dümmste Arbeiter und man nennt die DAF im Volksmund nur noch die SBV, Staatliche Bonzenversorgung.

Arbeitslosigkeit

Uebereinstimmend wird von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit — entgegen den amtlichen Mitteilungen durch Radio und Presse — stark im Steigen ist.

Streicher für die Kinder



Dies Bild stammt aus einem unsagbar schmutzigen Bilderbuch für Kinder, das Streichers »Stürmer-Verlag« herausgegeben hat.

Methode Ribbentrop

Der deutsche Interventionsfeldzug in England

Die Hausreparaturen, die kommunalen Straßen- und Aemterbauten sind durchwegs beendet oder aber es stehen keinerlei staatliche oder kommunale Mittel mehr zur Verfügung. Das einzige, was noch den Arbeitsmarkt entlastet, seien die Rüstungsbetriebe, aber auch da sei ein langsames Abebben bemerkbar. Die Arbeitsämter in Görlitz, Liegnitz, Hirschberg, Kohlfurt usw. sind jetzt wieder stark mit Arbeitslosen überfüllt und mit banger Sorge blicken alle amtlichen Stellen der Zukunft entgegen. Dabei wächst der Unwille der Arbeitslosen immer mehr über die niedrigen Sätze der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung, die infolge der großen Preissteigerungen auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs nicht ausreichen, um auch nur das allernotwendigste für den Lebensunterhalt zu kaufen, von Miete oder Kleidung gar nicht zu sprechen.

Militärischer Drill

Zur Zeit werden in Schlesien die allgemeinen militärischen Musterungen durch die Bezirkskommandos vorgenommen. Alle Männer vom 20. bis 45. Lebensjahr müssen zur Stellung gehen, ob sie gedient haben, den Krieg mitgemacht haben oder nicht. Fast alle werden für militärtauglich erklärt und den verschiedensten Truppengattungen zugeteilt. Sie müssen dann jeden Samstag und Sonntag an den Übungen des sogenannten »Grenzdienstes« teilnehmen, zwangsmäßig, werden dort militärisch gedrillt und langsam ausgebildet. Aus einem kleinen Ort im Riesengebirge sind allein 700 Mann ausgehoben worden und müssen regelmäßig jetzt an den Zweitsgeübungen teilnehmen.

Malaga

Der Fall Malagas weckt die Erinnerung an den Fall von Irun. Damals wurde sichtbar, daß die Bewaffnung der spanischen Rebellen durch Deutschland und Italien den Rebellen ein militärisches Übergewicht gab, während die Politik der sogenannten Nichtintervention wie eine Blockade gegen die rechtmäßige spanische Regierung wirkte. Der Fall von Irun denunzierte den wahren Charakter dieser Nichtinterventionspolitik.

Um die Jahreswende schien es, als ob Frankreich und England sich aufrufen würden, um der Politik der Nichtintervention ein anderes Gesicht zu geben. Der Skandal schrie zum Himmel. Auf der einen Seite schickten Deutschland und Italien Kriegsmaterial in Massen und Truppen zu Zehntausenden nach Spanien, auf der anderen Seite setzten England und Frankreich die Blockade gegen die spanische Regierung fort. Die Weihnachtsnoten der beiden demokratischen Mächte forderten Deutschland, Italien und Portugal auf, keine Truppen und kein Material mehr zu senden, und die offenkundige Intervention gegen die spanische Regierung zu beenden. Berlin und Rom gaben verklausulierte Zustimmungserklärungen ab. Seitdem sind anderthalb Monate verflossen. Die Marokkoaffäre hat die Aufmerksamkeit von der eigentlichen gravierenden Tatsache abgezogen: daß Deutschland und Italien Krieg führen gegen die rechtmäßige spanische Regierung, daß sie auf die englische und französische Nichtinterventionsnote geantwortet haben mit der Verschärfung dieser Kriegsführung.

Wenn das internationale Gewissen nicht schon längst vor die Hunde gegangen wäre, müßten die Umstände des Falles von Malaga einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Weil die Position Francos schwächer und schwächer wurde, haben Deutschland und Italien alles daran gesetzt, um eine militärische Entscheidung zu erreichen, noch ehe sie politisch zum Rückzug gezwungen werden würden. Der Fall von Malaga ist die Folge der Vereinbarung zwischen Göring und Mussolini. Etwa 20.000 Mann italienische Truppen — es ist gleichgültig, ob sie dem Heer oder der faschistischen Miliz entnommen worden sind — sind nach Spanien transportiert worden, um Malaga zu nehmen. Diese Sendung hat sich unter den Augen der ganzen Welt, unter den Augen der englischen und französischen Regierung, unter den Augen des sogenannten Nichtinterventionsausschusses vollzogen. An dem Kampf um Malaga hat das deutsche Panzerschiff »Admiral Graf Spee« offen aktiv teilgenommen. Die materielle Verteilung der Kräfte spricht deutlich über den Erfolg der sogenannten Nichtinterventionspolitik.

Wir reden nicht vom Völkerbund. Zwei Großmächte überfallen ein kleineres Land, indem sie eine Militärrebellion unterstützen. Sie schicken ihre Truppen und ihre Kriegsschiffe, sie führen Krieg gegen die rechtmäßige Regierung des Landes, um sich machtpolitisch dieses Landes zu bemächtigen. Was geschieht? Der Krieg wird »isoliert« —

Der deutsche Botschafter in London, Herr von Ribbentrop, übermittelt den Engländern ein getreues Bild des Dritten Reiches. Die Zeiten sind vorbei, in denen das System sich nach außen hin eine Maske vorgebunden hat. Heute ist es brutal aufrecht, wie Mussolini bei der Vorbereitung des abessinischen Krieges. Herr von Ribbentrop verbirgt den Engländern nichts — und also haben sie auch nicht die Entschuldigung, sie seien getäuscht worden.

Der Stil des Herrn von Ribbentrop ist eine Mischung aus Wilhelm und Adolf, seine Diplomatie eine Steigerung der wilhelminischen. Wie er über die Brutalitäten des Systems, über Konzentrationslager und Gefangenenmißhandlungen denkt, hat er vor einiger Zeit schriftlich von sich gegeben. Seine Ethik ist die der Gestapo. Was er vom Frieden, vom verständnisvollen Nebeneinander der Völker denkt, hat er bezeugt mit seiner Unterzeichnung des deutsch-japanischen Vertrages. Das ist Diplomatie mit dem Knüppel, und man erkennt dahinter deutlich die Gestalt eines neuen Wilhelm, der seinen Botschafter instruiert: »Wir werden es den stolzen englischen Hunden schon zeigen, wer wir sind!« Als dieser Knüppel nicht wirkte, hat Herr von Ribbentrop bei einem seiner kurzen Besuche in London dem englischen König sein »Heil Hitler!« ins Gesicht geschrien — gleich dreimal, damit eine wichtige Affäre daraus würde. Diese Art von Propaganda hat einige Ähnlichkeit mit der Propaganda, die die italienische Presse bei Beginn des abessinischen Krieges gegen England geführt hat, als sie jeden Tag schrie: mit England sei es aus, und Italien sei auf dem besten Wege, der Nachfolger Englands in der Beherrschung der Welt und der Meere zu werden.

Der Unterschied ist nur der, daß Herr von Ribbentrop mit dieser groben provokatorischen Methode nicht einen Konflikt vorbereiten, sondern Konzessionen und ein politisches Bündnis erreichen will! Diese Methode spekuliert auf die Gesinnungsgemeinschaft, die zwischen einem Teil der englischen Oberschicht und dem braunen System besteht. Auf diese Schicht ist das Kraftmeiertum im wilhelminischen Stil, ist der äußerliche Prunk berechnet, die Verschwendung, die der Botschafter Hitlers in London betreibt. Das alles ist nicht originell, sondern Nachahmung. Wilhelm glaubte den Weg zum Bündnis mit England zu finden über die englische Oberschicht — die prunkvollen Feste seines

ganz nach den Thesen der Hitlerpolitik. Ueber die rechtmäßige Regierung, die sich verzweifelt wehrt, wird von den Mächten, die ihr beistehen müßten, die Blockade verhängt. Es ist die Methode Italiens gegen Abessinien, auf Europa übertragen unter der Firma: Erhaltung des europäischen Friedens. Woraus man den Schluß zu ziehen hat: der europäische Friede von heute besteht in der Freiheit für die gegenrevolutionären Mächte, ungestraft Krieg gegen kleinere Länder führen zu dürfen.

»Gründe unbekannt«

Es ist auffallend, daß die Menschen im Dritten Reich sich nur noch grundlos, also wohl aus purem Uebermut das Leben nehmen. Wenigstens wissen die Zeitungen fast nie mehr einen Grund anzugeben. Dabei hat es den Anschein, als geschähen die Selbstmorde immer häufiger an auffallend sichtbaren Stellen. Seit Jahresbeginn warfen sich bereits zwei junge Menschen vor die Berliner Stadtbahn, einer auf dem Stettiner, einer auf dem Steglitzer Bahnhof. Gründe natürlich unbekannt. Viele Selbstmörder — alte und junge, Männer und Frauen — springen auch von Kirchtürmen, Brücken, Dachböden, laufen in fahrende Straßenbahnen und Automobile. Man könnte die Art dieser sich mehreren Verzweiflungstaten schon fast für eine Demonstration halten. Aber da die Gründe den Zeitungen immer unbekannt sind, handelt sich's vielleicht auch nur um den Ausdruck wachsender Zufriedenheit.

Verbündete

An den Kämpfen vor Madrid haben zwei Führer der rumänischen »Eisernen Garde« auf der Seite der Rebellen teilgenommen. Sie sind beide gefallen. Die rumänische »Eiserne Garde« plant eine große Demonstration mit

letzten Botschafters in London sollten die Schwächen und die Hinterhältigkeiten der wilhelmschen Diplomatie zudecken. Aber der Fürst Lichnowsky war auch innerlich ein Grandseigneur — er machte nicht mit, wenn die wilhelmsche Diplomatie einen Kurs einschlug, der die Methoden des Dritten Reiches vorempfand. Herr von Ribbentrop ist mit ganzer Seele dabei. Drei neue Gebäude, ein Festsaal für tausend Personen, ein ganzer Park teurer Autos, die startbereiten Flugzeuge auf dem Dache und über allem ein eigener Radiosender — illegal, wie die englische Regierung festgestellt hat — alles bestimmt zur Eroberung der englischen Society. Es paßt zwar schlecht zu der Propagandathese, die Deutschland zu den »Have-nots«, zu den »Proletariern unter den europäischen Völkern« rechnet, aber Herr von Ribbentrop hat es nicht mit dem Unterhaus zu tun, sondern mit der Aristokratie, die Verständnis für den Kavaliersstandpunkt hat, der für die Elite der Nation andere Maßstäbe anlegt als für die ordinäre Masse.

Man ist in England unruhig geworden, weil man erkannt hat, daß das Auftreten Ribbentrops in London auf der Unterstützung eines Teils der englischen Aristokratie beruht. In der Tat ist seit dem Beginn des Hitlersystems neben der offiziellen englischen Politik noch eine zweite, eine inoffizielle Politik geführt worden. Sie ist Hitler sehr nützlich gewesen. Sie hat es ermöglicht, daß er durch die Gefahrenzone der Aufrüstung ohne Unfall hindurch gekommen ist. Die Rolle, die der frühere englische Luftfahrtminister Lord Londonderry dabei gespielt hat, ist ganz eindeutig. Hitler besitzt in der englischen Aristokratie eine Partei. Diese Partei wirkt durch ihre Mittelsmänner auf das Kabinett. Sie hat ihre Sprecher im Unterhaus wie im Oberhaus. Ihre Organisation ist die Organisation der oberen Zehntausend, — und die deutsche Botschaft in London verhält sich zu dieser reaktionären und hitlerfreundlichen Adelpartei wie die Exekutive der Kommunistischen Internationale zu einer angeschlossenen Sektion. Die gemeinsame Basis für diese Partei und die Hitlerpolitik ist der Antibolschewismus, der Klassenhaß gegen die Emanzipation der unteren Volksschichten, kurzum die gegenrevolutionäre Gesinnung. Das sind dieselben Kreise, die der deutschen und italienischen Intervention in Spanien mit Sympathie gegenüberstehen, die große Summen für General Franco gesammelt haben.

den Leichen in Bukarest. Die Leichen werden deshalb nach Rumänien transportiert.

Am Sonnabend, dem 6. Februar, trafen die Leichen in Berlin ein. Sie wurden von einer Kompanie der Hitlerschen Leibstandarte mit klingendem Spiel in Empfang genommen, die ihnen die Ehrenbezeugung erwies. Die Leichen wurden bis zum Weitertransport feierlich aufgebahrt.

Die »Eisernen Garde« in Rumänien sind eine verbotene, formell aufgelöste gegenrevolutionäre Formation. Das hindert nicht, daß ihr Einfluß in Rumänien wieder im Wachsen ist, es hindert auch nicht, daß das Dritte Reich die beiden Führer der verbotenen Organisation, die sich eines Delikts gegen ihre eigene Regierung und eines Verbrechens gegen die spanische Regierung schuldig gemacht haben, feierlich und offiziell ehren läßt. Diese Ehrung zeigt, zu welchem Ziele das ständig wachsende Eindringen des Dritten Reiches in Rumänien führen soll.

Die internationale Gegenrevolution zieht ihre Fäden von Spanien bis zum Balkan.

Erniedrigte Arbeit

Herr von Ribbentrop hat für die Umbauarbeiten, die er an der Deutschen Botschaft in London hat vornehmen lassen, 120 Arbeiter aus Deutschland nach London beordert. Abgeordnete der Arbeiterpartei haben im Unterhaus angefragt, in welcher Form die Entlohnung dieser deutschen Arbeiter erfolgt sei. Sie haben die Vermutung ausgesprochen, daß die deutschen Arbeiter nur Wohnung und Verpflegung, aber keine Entlohnung in britischer Währung erhalten hätten. Eine solche Entlohnung aber würde einen Verstoß gegen die Truckgesetzgebung darstellen.

Das Verbot des Trucksystems hat in den Anfängen der europäischen Sozialpolitik einer der schlimmsten und primitivsten Ausbeutungsmethoden ein Ende gemacht. Das Trucksystem bestand darin, daß die Arbeiter ge-

Es gehört zur inneren Verfassung Englands, daß eine solche Parteibildung möglich ist, obgleich diese Gruppe nach außen hin nicht als Partei erscheint. Im Grunde genommen handelt es sich um eine Kabale im größten Stil, um eine Art Verschwörung gegen die offizielle englische Politik, von der Art der Verschwörung, wie sie in der Weimarer Republik außerhalb der Verfassung und gegen die Verfassung betrieben worden ist. Alles, was gerade aus diesen Kreisen gegen die bolschewistische Methode der Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Landes vorgebracht worden ist, läßt sich in potenziert Form auf das Verhältnis zwischen dem Hitlersystem und dieser englischen Adelpartei anwenden.

Man stelle sich nur diese Verhältnisse umgekehrt vor! Man stelle sich vor, daß eine Gruppe von Leuten aus der deutschen Oberschicht in großen Zusammenkünften mit dem englischen Botschafter die Konzeption einer Politik entwickeln würde, die mit der offiziellen Hitlerpolitik prinzipiell unverträglich wäre. Was bei Ribbentrop und seinen englischen Freunden Politik heißt, würde in Deutschland Verschwörung, Hochverrat, Landesverrat, kriminelles ehrloses Verbrechen genannt werden. Die Leute, die dabei ertappt werden würden, müßten gewärtig sein, daß das System sie ungefähr mit den gleichen Worten diffamieren würde, die die Angeklagten in den Moskauer Prozessen gegen sich selbst gebraucht haben. Sie würden allerdings nicht nach Moskauer Muster prozessiert werden, sondern nach dem Muster des 30. Juni 1934 in Massen abgeschlachtet werden. Wie war es mit dem General von Schleicher? War das schlimmste, daß Hitler ihm vorwarf — und man weiß nicht einmal, ob mit Recht — nicht ungefähr das, daß er mit fremden Diplomaten so verkehrt habe, wie ein Teil des englischen Adels mit dem Botschafter Hitlers in London verkehrt? Für das, was Herr von Ribbentrop in England systematisch organisiert, wird man in Deutschland erschossen. Für viel weniger schon wird man in Deutschland in Konzentrationslagern zu Tode geprügelt, wenn man nicht den Kopf abgeschlagen bekommt.

Das ganze ist ein Beitrag zum Thema Nichtintervention. Das Prinzip der Nichtintervention gilt immer nur zugunsten der Gegenrevolution.

zwungen wurden, ihre Lebensbedürfnisse vom Unternehmer zu kaufen, so daß sie in völlige Abhängigkeit auch als Konsumenten von ihm gerieten. Dies System war ein Symptom ihrer völligen Unfreiheit und Abhängigkeit.

Die englischen Labour-Abgeordneten haben mit ihrer Anfrage die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die deutschen Arbeiter heute in einer Unfreiheit leben, die dem Zustand vor den Anfängen der europäischen Sozialpolitik entspricht. Sie haben aufgezeigt, daß es nicht freie Arbeiter sind, die Herr von Ribbentrop nach London kommandiert hat, sondern Arbeitsklaven aus einer Despotie.

Instruktionen gegen innere Unruhen

Auf einem Appell der SS in Düsseldorf wurde eine neue vertrauliche Anweisung bekannt gegeben. Sie verlangt von den SS-Leuten scharfe Beobachtung aller Widerstandserscheinungen und gibt Instruktionen, wie solche Feststellungen am geschicktesten gemacht werden können. Außerdem wird verlangt, daß die SS Unruhscheinungen sofort mit allen Mitteln zu ersticken hat. Man werde nicht zögern, Häuserblocks oder Stadtteile, die als Sitz der Unruhe angesehen werden können, mit Mienen zu belegen. Härte beim Niederschlagen der ersten Versuche sei das einzige Mittel, um gefährliche Wiederholungen zu vermeiden. Es ist bemerkenswert, daß die Führer der Formationen der Auffassung Ausdruck gegeben haben, daß im Laufe der Durchführung des Vierjahresplanes »unruhige Zeiten« kommen könnten.

Lebensgefährliches Parteiamt

Man liest in der »Preußischen Zeitung« Nr. 37: »Am 5. Februar verstarb plötzlich in der Ausübung seines verantwortlichen Parteiamtes, der Blockleiter der NSDAP, Emil Bandowski im Alter von 32 Jahren.«

Der Raubzug auf die Sterbekassen

Eine Abfuhr für die Arbeitsfront.

Aus Beuthen OS wird uns berichtet: In den letzten Wochen wird von der Arbeitsfront im oberschlesischen Industriegebiet planmäßig der Versuch unternommen, sich in den Besitz der Grubensterbekassen zu setzen. Auf einigen Zechen ist ihnen dies auch ohne Widerstand gelungen. Aber bald kam auch die Kehrsseite zum Vorschein, denn während man sich besonders um solche Sterbekassen bemüht, die Reserven besitzen, die in die Zehntausende von Mark reichen, wird mit der Uebernahme der Sterbekasse durch die Arbeitsfront gleichzeitig die Leistung an die Angehörigen herabgesetzt. Diese Tatsachen wurden unter den Kumpels bekannt.

Als nun auch auf die Kastelengrube der Versuch unternommen wurde, sich der Sterbekasse zu bemächtigen, forderten die Arbeiter sofort eine Belegschaftsversammlung, die die Verwaltung zunächst nicht zulassen wollte. Dann wurde sie plötzlich einberufen und erklärt, daß Nichtteilnahme an der Versammlung die Zustimmung bedeute, daß die Arbeitsfront die Sterbekasse übernehme. Neben Reserven von etwa 15.000 Mark kommen monatlich gegen 400 bis 600 Mark ein und dies betrachtete die Arbeitsfront als einen fetten Bissen. Wie groß war aber die Ueberraschung, als die Belegschaftsversammlung einen Andrang wie noch nie erlebte und der Vertrauensrat, der sich für die Einbeziehung der Sterbekasse in die Arbeitsfront einsetzte, nicht weiter sprechen durfte und einfach vom Stuhl gestürzt wurde, einige Fußtritte verabfolgt erhielt und hinausbefördert wurde. Dann ergriffen einige Kumpels das Wort, protestierten gegen diesen neuen Betrug der Arbeitsfront, wobei durch Zwischenrufe die ordinärsten Worte gegen die Arbeitsfront und die Bonzen fielen. Ein Angehöriger der polnischen Minderheit protestierte gegen die Einbeziehung und berief sich auf die Genfer Konvention, da auch Polen in der Sterbekasse sind, die man dann von der Arbeitsfront nicht betreten will. Es wurde festgestellt, daß anderwärts von den Sterbekassen durch die Betriebe an die Angehörigen bis 600 Mark für den Sterbefall gezahlt wurden und als sie die Arbeitsfront übernahm, wurden die Sätze auf 480 Mark gekürzt. Diesen Betrug lasse man sich auf Kastelengrube nicht gefallen und werde sofort alle Zahlungen einstellen, falls die Sterbekasse an die Arbeitsfront angegliedert werden sollte.

Da diese Belegschaftsversammlung sehr tumultartig verlief, kam die Opposition gegen die Arbeitsfront wirksam zum Ausdruck, zumal durch Zwischenrufe immer wieder betont wurde »wir sch... auf die Arbeitsfront« — »fort mit den Gaunern« — »jagt die Hunde zum Teufel!« Schließlich wußten sich die Leiter der Belegschaftsversammlung keinen Rat und unter Gejohle mußte die Versammlung geschlossen werden. Aber damit gaben sich die Arbeiter nicht zufrieden und forderten von der Betriebsleitung eine klare Entscheidung, daß es mit der Sterbekasse beim bisherigen Zustand verbleibt. Was schließlich auch zugesagt wurde. Die Arbeiter aber erklärten, wir werden uns schon Recht verschaffen, wo das nur irgendwie möglich ist. Der Vertrauensrat Herzog trat am nächsten Tage von seinem Amt zurück. Man hat bisher nicht versucht, die Zwischenrufer zu stellen, nur die Arbeitsfront droht, daß sie dort Ordnung schaffen wird.

Auf der Redenhütte bei Hindenburg ist es dem Betriebsleiter Dr. Hübschen gelungen, die Sterbekasse mit der Arbeitsfront zu begründen, nachdem der Belegschaft mit Entlassung gedroht wurde, wenn sie dem neuen Plane nicht zustimmt. Trotzdem setzten die Arbeiter ihre Proteste schriftlich ein und verweigern die festgesetzte Zahlung von 15 Pfennigen für jeden Sterbefall bei etwa 900 Mann Belegschaft, wenn sie selbst über die Gelder nicht bestimmen dürfen. Auch bei dieser Gelegenheit wurde offen gegen die Arbeitsfront und die Mißwirtschaft Protest erhoben, was den Vertrauensrat Hardtwegen veranlaßte, die Belegschaft anzuklagen, daß sie schon ganz vergessen habe, daß man im nationalsozialistischen Deutschland lebe. Niemand grüße mehr mit »Heil Hitler«, jeder ziehe sich mit »Guten Morgen« und »Glück auf« davon und jetzt sehe man bei der Sterbekasse offen die Opposition. Mit den Meckerern müsse Schluß gemacht werden und nun setzte die Belegschaft mit »Schluß« ein, daß der Vertrauensrat seine Rede nicht weiter fortsetzen konnte. Beide Vorfälle werden im Industriegebiet eifrig diskutiert und zur Nachahmung empfohlen.

Die Diktatur der Generaldirektoren

Das Aktienrecht des Dritten Reiches

Schon Jahre vor dem Ausbruch des Dritten Reiches hatte sich der Enqueteausschuß des Reichstages und ein Gremium bedeutender Fachjuristen mit der Frage der Aktienrechtsreform beschäftigt. Nach dem großen Bankkrach von 1931 wurden einige Aenderungen des geltenden Aktienrechts vorgenommen, u. a. den Gesellschaften die Verpflichtung auferlegt, die Bilanzen durch amtlich bestellte Bilanzprüfer kontrollieren zu lassen. Die Reformer waren sich klar darüber, daß der Fehler nicht in einem Zuviel an Sicherungen bestand, die etwa die »Initiative« der Generaldirektoren behinderten, sondern in dem Kontrast zwischen gesetzlicher Vorschrift und gesellschaftlicher Wirklichkeit. Sie waren allerdings nicht soweit gekommen, zu begründen, daß die einzelne Aktiengesellschaft praktisch zu bestehen aufgehört hatte, weil sie einem Konzern oder Kartell in einem Gebilde von nicht mehr nur privater, sondern von gesellschaftlicher Macht aufgegangen war, daß die vom Staat festgesetzten, aber von Privaten angewendeten Sicherungen versagen mußten, weil hier nur eine gesellschaftliche Kontrolle einer gesellschaftlichen, aber von privaten Einzelnen beherrschten Macht gewachsen sein konnte.

An der Reform des Aktienrechts ist auch im Dritten Reich eifrig gearbeitet worden. Es wurde ein besonderer AktiENAusschuß der Akademie für Deutsches Recht gebildet, nur lief diese Reform nicht in der gleichen, sondern den bisherigen Bestrebungen gerade entgegengesetzter Richtung. Die Sicherungen vor der Willkür der Konzernleiter wurden nicht ausgebaut, sondern fast völlig beseitigt. Im Jahre 1935 wurde der Öffentlichkeit das neue Aktienrecht in seinen Grundzügen bekanntgegeben. Nach der Verkündung des Staatssekretärs Schlegelberger, der als der Inspirator des Entwurfs anzusehen ist, sollte die Generalversammlung nur noch ein »abgesetzter König« sein, das Führerprinzip sollte im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung auf das Verhältnis des Generaldirektors zur Gefolgschaft seiner Aktionäre angewendet werden. Nach seiner Verkündung schien der Entwurf in der Versenkung verschwunden zu sein. Anderthalb Jahre lang schwiegen darüber alle Mäuler. Schacht hatte entschiedenen Widerstand geleistet. Er wollte nicht, daß durch die völlige Entrechtung der Aktionäre die Aktie als Mittel der Geldbeschaffung entwertet würde. Die gewaltigen Kapitalinvestitionen des Vierjahresplans können nicht ausschließlich mit Arbeitsbeschaffungswechseln finanziert werden. Das Staatsmonopol der Verfügung über die Kapitalreserven muß gelockert und das private, allerdings mit Staatsgeldern genährte Kapital zur Finanzierung von Neuinvestitionen herangezogen werden. Wahrscheinlich spekuliert man vor allem auf die Beteiligung des Auslands. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade jetzt der Öffentlichkeit die Grundzüge, wenn auch nicht der Wortlaut des neuen Aktienrechts bekanntgegeben werden, das am 1. Oktober 1937 in Kraft treten soll. Der neue Entwurf stellt ein Kompromiß zwischen Schlegelberger und Schacht dar. Der ursprüngliche Entwurf ist in dessen Sinne ein wenig gemildert, aber in der Tendenz nichts geändert. Die Milderungen sind nur Sand in die Augen der Öffentlichkeit, vor allem die des Auslands.

Die Hauptversammlung — ein abgesetzter König.

Die »Vorurteile«, die in nationalsozialistischen Kreisen gegen die anonyme Form der Unternehmung herrschten, werden endgültig zum Schweigen gebracht durch die Erklärung des Reichsjustizministers Dr. Gürtner, die Existenzberechtigung der Aktiengesellschaft sei heute unbestritten. Zwar habe es in der Vergangenheit Auswüchse gegeben, besonders im Konzernwesen, aber hier sei Abhilfe geschaffen durch die erhöhte Publizität und durch die Kontrolle der Finanz- und Geschäftsabbarung. Zwar wird die Publizität beibehalten, aber die Kontrolle dessen, was publiziert wird, beseitigt, die Macht des Vorstands gewaltig gestärkt und die Funktionen der beiden anderen Organe der Aktiengesellschaft, Hauptversammlung und Aufsichtsrat, zu bloßen Kullissen herabgewürdigt. Der Vorstand hat künftig »unter eigener Verantwortung« die Gesellschaft so zu leiten, wie das Wohl des Betriebes und seiner Gefolgschaft und der gemeine Nutzen von Volk und Reich es fordern. Die Generalversammlung ist wirklich nur ein abgesetzter König. Ihr bleibt künftig nur die rein dekorative Aufgabe, die Entlastung der Verwaltung auszusprechen, also die gleiche Rolle zu spielen wie die Abgeordneten im Reichstag des Dritten Reiches.

Ihr wichtigstes Recht, die Bilanz und damit die Höhe des für Gewinnverteilung zur Verfügung stehenden Reingewinns zu beschließen, ist ihr genommen. Sie darf nur noch über die Verteilung des Reingewinns mitentscheiden. Es wird also den Aktionären ein Stück vom großen Kuchen zugeteilt, und sie dürfen dann allenfalls mitbestimmen, wieviel sie davon selbst essen dürfen. Früher mußten Fragen in der Generalversammlung beantwortet werden, jetzt hat der Vorstand darüber »nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden«. Früher konnten die Aktionäre gegen die Höhe der Rückstellung wirksamen Einspruch erheben, wenn ihnen durch sie die Dividende allzusehr beeinträchtigt schien, jetzt darf an den vom Vorstand festgesetzten Rücklagen nichts geändert werden. Man durfte annehmen, daß das soviel angefochtene Depotstimmrecht der Banken, also eine Form der Zinsknechtschaft, beseitigt würde, seine Berechtigung wird aber, im Gegenteil, ausdrücklich bestätigt. Bei der üblichen Interessenverbindung zwischen kreditgebender Großbank und der über die Kreditnahme entscheidenden Verwaltung bedeutet das eine neben der Entrechtung der Aktionäre zusätzliche Stärkung der Verwaltungsmacht.

Der Aufsichtsrat eine Kullisse

Auch der Aufsichtsrat wird in Zukunft nur noch ein Messer ohne Klinge sein. Sehr häufig konnte er maßgebenden Einfluß auf die Richtung der Geschäftspolitik ausüben. Das ist ihm jetzt ausdrücklich untersagt und der Aufsichtsrat auf die Funktion der Aufsicht beschränkt. Er darf in die Geschäftsführung nicht mehr dreinreden und ist damit nur noch eine dekorative Figur, denn von außen her ist wohl die Geschäftsführung zu beeinflussen, aber nicht die Geschäftsleitung zu beaufsichtigen. Dem Aufsichtsrat ist also die Mitbeteiligung an der Geschäftsführung genommen, und nur noch die Mitverantwortung geblieben. Er hat noch das Recht, den Vorstand zu ernennen und zu entlasten. Aber da die Direktoren sich wenigstens formell nicht gut selbst anstellen können — in der Praxis geschieht das wohl recht oft —, so muß schon irgendein Organ da sein, das das besorgt. Die allein vom Vorstand festgesetzte Bilanz hat der Aufsichtsrat, der an ihrem Zustandekommen nicht beteiligt ist, zuzustimmen. Stimmt er nicht zu, können beide Teile sich an die Generalversammlung wenden. Zumeist entstanmen Vorstand und Aufsichtsrat der gleichen Interessengruppe, aber auch sonst werden sie die diskrete Einigung der Austragung ihrer Differenzen in der Öffentlichkeit vorziehen. Von der Flucht aus der Verschwiegenheit der Beratungszimmer in die Öffentlichkeit der Generalversammlungen dürfte also kaum jemals Gebrauch gemacht werden.

Der Generaldirektor als Diktator

Aber sogar der Vorstand als Ganzes wird zugunsten des obersten »Betriebsführers« entrechtet. Der Aufsichtsrat kann künftig kein Vorstand einen Vorsitzenden vorsezen, der bei Meinungsverschiedenheit im Vorstand entscheidet, und zwar auch gegen alle anderen Vorstandsmitglieder. Damit wird der Generaldirektor zum Diktator erhoben und das Herrschaftsprinzip des politischen Regimes auf die wirtschaftliche Unternehmung übertragen. Damit ist aber auch die Aktiengesellschaft ihres Wesens entkleidet, praktisch hat sie aufgehört zu bestehen. Die »Frankfurter Zeitung« trifft das Richtige, wenn sie schreibt, »die Aktiengesellschaft sei nicht mehr »eine Gesellschaft der Aktionäre zum Zwecke gemeinsamen Geldverdienens«, sondern »künftig die Aktie mehr ein Finanzierungsinstrument für den Vorstand als eines »Unternehmers auf Aktien«.

Im ursprünglichen Entwurf waren die vom Konzern abhängigen Gesellschaften völlig der Konzernspitze unterworfen, die Diktatur der Konzernführer gesetzlich verankert. Ueber diesen Punkt gleiten die bisher veröffentlichten Erläuterungen zum neuen Gesetz mit unbestimmten Andeutungen hinweg. Offenbar sind auf diesem Gebiet Schacht die meisten Konzessionen gemacht worden. Aus dem Wortlaut des Gesetzes wird man ersehen, wie weit sie gehen.

Die soziale Maskerade

Die gesetzliche Verankerung der Selbstherrlichkeit des »Wirtschaftsführers« wird mit einem sozialen Mantelchen umhüllt, das eine soziale Maskerade ist. Es wird nämlich bestimmt, daß ein angemessenes Verhältnis zwischen den freiwilligen Sozialleistungen und den Verwaltungsbezügen zu bestehen habe. Notfalls kann sogar der Staatsanwalt einschreiten, aber er wird kaum jemals dazu Veranlassung finden, denn in Wirklichkeit

bedeutet diese Bestimmung keine Beschränkung der Besoldung von Vorstand und Aufsichtsrat, sondern eine Anweisung, wie sie bei sinkenden Ausgaben für die Belegschaft gesteigert werden kann. Mit ihren freiwilligen Spenden an die Arbeiter gibt der Betriebsführer der Belegschaft allenfalls nur einen Bruchteil dessen zurück, was er ihr durch die vom Regime geförderte verschärfte Ausbeutung abgepreßt hat. Aber zumeist bekommen die Arbeiter diese freiwilligen Spenden gar nicht in die Hand, sondern sie werden einem Fonds zugewiesen, mit dem die Firma arbeitet und an dem sie verdient. In jedem Falle: Je gründlicher der Befehl des Führers die Löhne stabil zu halten, durchgeführt wird, um so mehr der »Betriebsführer« freiwillig soziale Leistungen gestatten, um sich selbst höhere Einkünfte bewilligen zu können. Was sich als »mittelbare Beteiligung der Gefolgschaft am Gewinnergebnis« ausgibt, ist in Wahrheit eine gesetzlich getarnte Bereicherung einiger weniger leitender Personen auf Gefolgschaftskosten. Der Zusammenhang zwischen staatlich anbefohlenem Lohndruck und dieser Art Gewinnbeteiligung wird sogar im »Deutschen Volkswirt« in der Form zugegeben, in der das im Dritten Reich gestattet ist, in der Form der Ablehnung. Es heißt in der Nummer vom 29. 1. 1937:

»Gegen die Vermutung, daß bei dieser Form der Regelung die Tatsache eine Rolle gespielt hat, daß Lohnerbhörungen gegenwärtig aus den bekannten volkswirtschaftlichen Gründen nicht vorgenommen werden dürfen, spricht die Erwägung, daß...«

Aber der »Unternehmer auf Aktien« kann die Erhöhung seiner Einkünfte auch ohne jede Mehrausgabe für freiwillige soziale Leistungen erreichen und ohne daß er den Staatsanwalt zu fürchten braucht. Er kann Ausgaben, die sonst auf anderen Konten verbucht sind, einfach auf das Konto: Freiwillige Sozialleistungen buchen, z. B. Spenden für die Winterhilfe oder sonstige Zuwendungen an die nationalsozialistische Kasse. So läßt sich bequem die Wohltätigkeit, die die Industrieführer an sich selbst verüben, als Wohltat für die Belegschaft, ihre Selbstbereicherung als Gewinnbeteiligung ihrer Arbeiter und Angestellten tarnen. »Der deutsche Volkswirt« fürchtet sogar, daß sich die Herren Direktoren geradezu in freiwilligen Sozialleistungen überheben könnten, »daß der Drang Leistungen sozialer Natur herauszustellen, sehr gesteigert, vielleicht sogar etwas überspannt wird.« Man darf allerdings nicht übersehen, daß in die Vorstände und Aufsichtsräte nach Errichtung des Dritten Reiches vielfach bevorzugte Pgs. eingezogen sind. Es handelt sich also um eine Beteiligung am Gewinnergebnis weniger für die Belegschaft als für die alten Kämpfer, die als neugebackene Wirtschaftsführer ein arbeitsloses Einkommen beziehen.

Das neue Aktienrecht ist eine Handhabe für die Wirtschaftsführer, die für die Durchführung der wirtschaftlichen Mobilisierung nötigen Finanzreserven auf Kosten der Arbeiter und Aktionäre anzusammeln. Auch die paar Konzessionen, die man Schacht hat zugestehen müssen, werden kaum verhindern, daß das ausländische Kapital von der Beteiligung an den deutschen Aufrüstungsgewinnen eher abgeschreckt als angelockt wird. G. A. F.

WIR und die böse Welt

In seiner Festrede zum 30. Januar, gehalten in einer Neuköllner Volksschule und durch alle Reichssender übertragen, sagte Göbbels:

»Es mag sein, daß wir Deutschen in der Welt uns nicht immer allzu großer Beliebtheit erfreuen. Das kommt daher, weil wir so fleißig, so mutig, so genau, so pflichtgetreu und so gründlich sind.«

... und weil alle anderen Völker in ihrer Faulheit, Feigheit, Liederlichkeit, Pflichtvergessenheit und Oberflächlichkeit solche Tugenden nicht ausstehen können. So hätte er folgerichtig fortfahren müssen.

Kavaliere und Feinmechaniker

»Auch für den Bewunderer französischen Stils muß es ein enttäuschendes Gefühl sein, zu beobachten, wie aus alter, französischer politischer Kunst ein Kunstgewerbe geworden ist, genauer noch: Maschinenarbeit, am laufenden Band hergestellt, rein mechanisch erdacht, ohne Eigenart, ohne Kultur. So mit Franzosen Politik zu treiben, macht keine Freude. Wir haben Ritterlichkeit, ein Spiel gleich zu gleich, kein Herumhacken mit Menschen.«

»Westdeutscher Beobachter«.

Der Sinn der Kolonialerpressung

Kolonien für Rüstung — nicht für Versorgung

Noch steht die endgültige Entscheidung aus, aber wenn nicht alles trägt, ist Hitler dank der Festigkeit Englands und Frankreichs in Spanien und Marokko zum Rückzug gezwungen. Es wäre die erste außenpolitische Niederlage der Diktatur und der Prestigeverlust beträchtlich. Noch folgenschwerer wäre die psychologische Wirkung. Die beiden großen Demokratien des Westens hätten die Erfahrung gemacht, daß ein energisches Auftreten selbst jetzt nach der großen Machtverschiebung zugunsten Deutschlands ausreicht, um die Angriffslust der Diktatur in Schranken zu halten, und diese Erfahrung könnte recht fruchtbar werden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Diktatur ihr Zurückweichen an einer Stelle sofort mit einer neuen Offensive zu bemänteln sucht, und einen breit angelegten Angriff in der Kolonialfrage unternimmt. Trotzdem wäre es falsch, in dem mit dem ganzen propagandistischen Aufwand geführten Vorstoß nur einen taktischen Zug, eine Art Ablenkungsmanöver zu sehen; für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft, die Deutschland in immer steigendem Maße die Rohstoff- und Ernährungsschwierigkeiten beschert hat, wird die Erwerbung reicher entwickelter Rohstoffgebiete eine unerläßliche Bedingung der Fortführung der Rüstung. Die Hoffnung, auf dem neu erreichten Stand zu einer gewissen Verminderung wenigstens der einmaligen, außerordentlichen Ausgaben zu kommen, hat anlässlich der Gegenwehr der anderen Staaten getrogen, und jedenfalls kann es nach den Einfuhrzahlen der Kriegrohstoffe im Jahre 1936 keinem Zweifel unterliegen, daß Rüstungsproduktion und Rüstungsausgaben 1936 gegenüber 1935 noch gewachsen sind und 1937 sicher keine Verminderung erfahren werden. Die Forderung nach Kolonien ist nichts anderes, als das Eingeständnis der Diktatur selbst, daß Tempo und Ausmaß der Kriegsvorbereitung über die deutsche Wirtschaftskraft hinausgetrieben worden ist, daß die Diktatur hier an eine Schranke gestoßen ist, die sie nicht mehr ökonomisch, sondern nur politisch, durch Erwerb neuer reicher Gebiete, zu überwinden hoffen kann. Wenn Hitler in seiner letzten Rede beteuert hat, er fordere Kolonien nur zu rein wirtschaftlichen, nicht zu strategischen Zwecken, so ist die klare Antwort auf diesen Täuschungsversuch die: er fordert sie zu kriegswirtschaftlichen Zwecken, deren Erfüllung ihm die Erreichung seiner strategischen Ziele ermöglichen soll.

Daß die deutschen Rohstoff- und Ernährungsnot eine Folge der überspannten Aufrüstung sind, ist zu evident, als daß es noch vieler Beweise bedürfte. Die alten deutschen Kolonien haben kaum vier Prozent zum deutschen Außenhandel beigetragen und für die Versorgung Deutschlands mit Nahrungs- oder Rohstoffen eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Ebenso wenig wie die skandinavischen Länder oder die Schweiz, heute in Europa die Länder mit der höchsten Lebenshaltung der Massen, hat Deutschland nach Ueberwindung der Kriegsfolgen Rohstoffschwierigkeiten gekannt, trotz des Anstiegs der Lebenshaltung von 1924 bis 1930; ein stetig steigender Export sorgte dafür, daß der Einfuhrbedarf stets reibungslos gedeckt werden konnte und selbst nach Eintritt der Krise blieben Versorgungsschwierigkeiten infolge von Einfuhrhemmung eine völlig unbekanntes Erscheinung. Wenn aber jetzt die Nationalsozialisten und ihre Presse darangehen, dem deutschen Volke einzureden, das böse Ausland verhindere den deutschen Export und erschwere die deutsche Einfuhr, so ist das bewußte Lüge, um die Kolonialforderung zu einer Massenforderung des unter den verschlechterten Lebensverhältnissen leidenden Volkes zu machen und seine Aufmerksamkeit von den nationalsozialistischen Verderbern auf das »feindliche Ausland« abzulenken — eine psychologische Kriegsvorbereitung.

Denn so wenig zu leugnen ist, daß während der Krise die meisten Staaten dem internationalen Handel schwere Hemmungen bereitet haben, so wenig kann andererseits die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß erst unter der Herr-

schaft der Hitler-Diktatur die Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten begannen. Gewiß hatte Deutschland nach Eintritt der Krise durch die Art seiner Agrarpolitik, die die besten Abnehmer seiner Industriewaren schwer schädigte und sie zur Verringerung ihrer Einkäufe in Deutschland zwang, durch die Einführung des Kontingentsystems und andere Maßnahmen selbst seine Exportfähigkeit schon geschädigt. Aber das waren Harmlosigkeiten, verglichen mit der Wirtschaftspolitik der Diktatur. Die agrarische Autarkiepolitik führte zwar nicht zur »Nahrungsfreiheit« — der Satz von 20 bis 30 Prozent, den wir für die Ernährung aus dem Ausland beziehen müssen, hat sich nicht wesentlich geändert, aber zur Erhöhung der industriellen Selbstkosten und zur teilweisen Zerstörung der Handelsbeziehungen mit den wichtigsten Abnehmern. Die Einfuhrdrosselungen, die Schacht gegenüber den wichtigsten euro-

	1929		1935	
	Einfuhr	Inlands- erzeugung	Einfuhr	Inlands- erzeugung
Textilrohstoffe	754	53	759	91
Mineralöl	2.429	103	3.478	430
Eisenerz	16.837	6.373	14.043	6.044
Kautschuk	49	—	3.478	430
Nichteisenmetalle	930	1.477	910	1.520

In der Textilgruppe machte die gesteigerte Erzeugung von Stapelfaser und Kunstseide eine etwas geringere Einfuhr von Wolle und Baumwolle mehr als wett. Die Inlandsproduktion von Flachs nahm ebenfalls etwas zu, während gleichzeitig auch die Einfuhr von Flachs, Hanf und Jute etwas stieg. Im ganzen zeigte die Versorgung mit Textilrohstoffen eine Zunahme von etwa 5 Prozent. Die Versorgung mit Petroleum vermehrte sich um etwa 50 Prozent infolge einer 40prozentigen Steigerung der Einfuhr und einer Vervielfachung der Inlandsproduktion, wobei nur Rohöl und nicht die Produktion von künstlichem Benzin berücksichtigt ist.

	1935		1936	
	Einfuhr	Inlands- erzeugung	Einfuhr	Inlands- erzeugung
Textilrohstoffe	709	84	557	136
Mineralöl	3.121	391	3.494	405
Eisenerz	12.826	5.540	17.109	5.762
Kautschuk	97	—	72	—
Nichteisenmetalle	810	1.397	935	1.428

Die Einfuhr von Textilien wurde 1936 außerordentlich stark verringert und trotz der Zunahme der einheimischen Produktion die Versorgung ab. Dagegen stieg die Mineralöleinfuhr stark an und die Eisenerzeinfuhr wurde plötzlich um über 33½ Prozent gesteigert und ebenso nahm auch die Versorgung mit Nichteisenmetallen zu.

Mit Recht folgert daraus der »Economist«, daß verglichen selbst mit dem Hochkonjunkturjahr 1929 Deutschland weder 1935 noch 1936 einen ernstlichen Mangel an Rohstoffen in Wirklichkeit gehabt hat. Aber 1929 hatte Deutschland auch noch nicht die riesige Aufrüstung. Die sogenannte Aushungerung an Rohstoffen trifft eben ausschließlich den Zivilbedarf. Die Beherrscher Deutschlands haben diesen Weg freiwillig gewählt, welche Opfer immer dadurch dem einst so großen deutschen Export und den Ernährungsbedürfnissen des Volkes auferlegt worden sind. Es handelt sich also nicht um irgend einen vorher überlegten Boykott, um eine Erdrosselung oder wirtschaftliche Opferung Deutschlands durch andere Länder, sondern um die unausbleibliche Rückwirkung einer innerhalb Deutschlands von dessen eigener Regierung systematisch befolgten Politik auf seinen Außenhandel.

In der Tat zeigen die Zahlen zur Evi-

Wandlungen

Im »Deutschen Volkswirt« vom 29. Januar lesen wir in einem Artikel »Sorgen des gemeinnützigen Wohnungsbaues«:

»Die Wohnbaufinanzierung zeigt nun eine bedeutsame Wandlung. In den Systemjahren, also zur Zeit der sogenannten Hauszinssteuerhypotheken, stammte mehr als die Hälfte aller Kapitalien, die dem Wohnungsbau zufließen, aus öffentlichen Mitteln. Der ganz überwiegende Teil aller Wohnungen wurde mit Unterstützung der öffentlichen Hand erbaut. Das hat nun aufgehört. Von den im Jahre 1935 zur Verwendung gekommenen 1,6 Milliarden RM entfielen nur noch rund 200 Millionen RM auf öffentliche Mittel; 1936 ist der Anteil noch geringer. Die Folgen dieser radi-

kalen Wandlung treffen aber den Arbeiterwohnstättenbau besonders stark.«

Es wird dann festgestellt, daß auch die Pfandbriefanstalten und Sozialversicherungsinstitute, die früher in großem Umfang Anteilhaber für den Wohnungsbau waren, jetzt nur noch in bescheidenem Umfang als solche in Betracht kommen.

»Eine solche Wandlung«, heißt es dann weiter, »macht von vornherein eine planmäßige Wohnungsbaupolitik und eine sinnvolle Lenkung des für die vordringlichen Aufgaben des Wohnungsbau erforderlichen Kapitals unmöglich. Der organisierte Realkredit, also in erster Linie die Pfandbriefanstalten, die sozialen Versicherungsanstalten und die Sparkassen,

	1929		1935	
	Einfuhr	Gesamt- Versorgung	Einfuhr	Gesamt- Versorgung
Textilrohstoffe	754	807	759	850
Mineralöl	2.429	2.532	3.478	3.908
Eisenerz	16.837	23.210	14.043	20.087
Kautschuk	49	2.532	3.478	3.908
Nichteisenmetalle	930	2.407	910	2.430

Dagegen war die Versorgung mit Eisenerz infolge Abnahme der Einfuhr und der inländischen Erzeugung um 10 Prozent geringer. Daß die Eisenerzeugung auch in diesem Jahre gestiegen war, ist durch einen Rückgriff auf die Vorräte und die Mehrverwendung von Schrott zu erklären. Die Einfuhr von Kupfer, Zinn, Zink und Blei ging etwas zurück, was aber durch die Zunahme der einheimischen Erzeugung kompensiert wurde.

Eine ganz andere Entwicklung zeigt das Jahr 1936. Danach erhalten wir für die ersten elf Monate die nachstehenden Zahlen in tausend Tonnen:

	1935		1936	
	Einfuhr	Gesamt- Versorgung	Einfuhr	Gesamt- Versorgung
Textilrohstoffe	709	793	557	723
Mineralöl	3.121	3.512	3.494	3.899
Eisenerz	12.826	18.366	17.109	23.871
Kautschuk	97	67	72	72
Nichteisenmetalle	810	2.207	935	2.363

denz, daß die ganzen deutschen Schwierigkeiten und vor allem die fortgesetzte Verschlechterung der Lebenshaltung auf die simple Tatsache zurückzuführen sind, daß auf Hitlers Gebot die eingeführten Rohstoffe nicht mehr zur Herstellung von Konsumgütern und von Waren, die im Ausland gegen Konsumgüter ausgetauscht werden könnten, verwendet werden dürfen, sondern zur Herstellung von Munition, Kanonen, Flugzeugen usw. Daraus ergibt sich aber auch politisch, und das beginnt man endlich auch draußen, namentlich in England, einzusehen, daß die Abtretung von Kolonien an Deutschland nur die einzige Folge hätte, das deutsche Kriegspotential zu stärken und noch mehr Rohstoffe der Kriegswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Deshalb die Erklärung der englischen und französischen Außenminister, daß irgendwelche Wirtschaftsverhandlungen nur im Rahmen einer allgemeinen politischen Bereinigung möglich wären, die eine Begrenzung der deutschen Rüstungen und eine Garantie gegen die deutschen Angriffsabsichten gewährleisten. Gerade das aber will die Diktatur nicht, und mit aller Deutlichkeit hat es Hitler in seiner letzten Rede ausgesprochen. Hitler will nicht verhandeln, er will erpressen. Dagegen gibt es allerdings nur eines: sich der Erpressung mit stärkerer Macht zu widersetzen.

haben sich vor jeder in betontem Maße bei der Weiterleitung der ihnen zufließenden Gelder von sozialpolitischen Rücksichten leiten lassen. Sie sind die Hauptgeldgeber des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Je mehr die Anstaltshypothek durch die Privathypothek verdrängt wird, desto schwieriger wird es sein, den aus sozial- und bevölkerungspolitischen Rücksichten in gleicher Weise vordringlichen billigen Kleinwohnungsbau zu fördern. Die Verschiebung der Finanzierungsformen des Wohnungsbaues hat also zunächst dazu geführt, daß der für die schaffende Bevölkerung tragbare Kleinwohnungsbau nicht in dem gewünschten und auch notwendigen Maße die Unterstützung fand, die seiner zentralen Bedeutung entspricht...«

Klar ausgedrückt liegt also die Wandlung, die seit dem Beginn des Hitlerregimes in der Finanzierung des Wohnungsbaues zu verzeichnen ist, darin, daß bis zum Antritt Hitlers das Reich, die Gemeinden, die Sozialversicherungsinstitute und die Sparkassen erhebliche Mittel für den Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt haben. Jetzt werden diese Mittel alle von der Regierung mit Beschlag belegt und zur Herstellung von Kriegswaffen, Munition und anderem Kriegsmaterial verwendet. Für den Arbeiterwohnstättenbau bleiben nur geringe Beträge übrig. Als Folge dieser Wandlung ist festzustellen, daß der Kleinwohnungsbau in den letzten vier Jahren nur geringen Umfang gehabt hat. Die Wohnungsnot, die in Deutschland von den ärmeren Bevölkerungsschichten schon vorher als drückend empfunden wurde, ist seither noch schlimmer geworden.

Essen macht schwach

Der Ernährungsphysiologe der Leipziger Universität, Prof. Dr. Scheunert, hielt in der Sitzung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag, für den ihm eigentlich das Kriegskohlrübenverdienstkreuz am Sauerkrautband zuteil werden sollte. Er sagte nämlich laut Bericht:

»Die Verbrauchssteigerung an Fetten sei ernährungsphysiologisch besonders ungünstig, da diese Stoffe meist so gut wie vitaminfrei sind. Die vermehrte Verwendung von Fetten, raffinierten Produkten und weißen Mehlen habe bei uns schon zu Erkrankungen geführt, die auf einen Mangel an diesem Vitamin zurückgingen. Hier sei der Verzehr von Brot, und zwar möglichst Vollkornbrot und Kartoffeln wichtig.

Als Forderungen stellte Prof. Scheunert auf, die unerwünschte Verschiebung unserer Ernährungsweise zur fett- und fleischreichen, ballastarmen Kost rückgängig zu machen und damit die möglicherweise zu befürchtende Schwächung eines Bevölkerungsteiles zu vermeiden. Für eine genügende Bereitstellung an Vitamin-A-haltigen Stoffen sei dadurch zu sorgen, daß die Lagerfähigkeit billiger Gemüse erhöht werde.«

Butter und Eier, Fett, Fleisch und Wurst sind also gar nicht knapp, sie werden dem deutschen Volk nur weise vorenthalten, um seine »Schwächung zu vermeiden. Man möchte die Menschen gern wieder so stolz sehen, wie im Winter 1917/18, da sie nach Scheunertschen Rezept ernährt wurden und vor lauter Uebermut spitalreif auf den Straßen zusammenbrachen oder sich im Vollbewußtsein ihrer Kraft einen kleinen Hungertypus leisteten.

Deutsche Kurzberichte

Der Einzahlungsüberschuß bei den deutschen Sparkassen ist im Jahre 1936 um mehr als 180 Millionen RM niedriger als in dem vorausgegangenen Jahre. Diese Entwicklung, die zeigt, daß die Sparer immer vorsichtiger werden, wirkt um so auffälliger, als das Arbeitseinkommen für 1936 angeblich etwa 4 Milliarden höher sein soll als 1935.

Die Zahl der Eheschließungen weist eine rückläufige Tendenz auf. In den deutschen Großstädten kamen 1934 auf 10.000 Einwohner 126 Eheschließungen, 1935 106 und 1936 98. Auch die Zahl der Lebendgeburten in den Großstädten bleibt 1936 hinter der des Jahres 1935 zurück.

Der amtliche Bekleidungskostenindex wurde im Januar 1933 mit 106,9 ausgewiesen. Im Januar 1937 wird er mit 124,2 angegeben. Die in den vier Jahren Hitlerherrschaft vor sich gegangene Erhöhung der Bekleidungskosten beträgt demnach mehr als 16 Prozent.

Im Ruhrkohlenbergbau betrug die Belegschaft 1934 im Durchschnitt 224.000 Mann. Im Jahresdurchschnitt 1936 war sie auf 244.000 Mann gestiegen. In der gleichen Zeit wurde die Ruhrkohlenförderung arbeitsfähig von 298.000 auf 353.000 Tonnen gesteigert. Eine nur um 9 Prozent vermehrte Belegschaft mußte demnach eine um 19 Prozent größere Kohlenmenge fördern.

Die »Elite der Nation«

SS-Wachtgruppe im Konzentrationslager Lichtenburg: Korruption — Diebstahl — Unterschlagung — Mißstimmung — Selbstmorde

»Die SS ist in ihrer Art etwas derart Einmaliges und Gewaltiges, daß sie als Keimzelle und Kraftquelle auf dem Wege vorangehen muß, den einmal die ganze deutsche Nation beschreiten soll.«

Das »Schwarze Korps«, Jahrgang 1936, Folge 45.

Wir brachten in unserer vorigen Nummer Aufzeichnungen eines entlassenen politischen Häftlings aus dem Konzentrationslager Lichtenburg. Heute setzen wir die Veröffentlichung fort und drucken — gleichfalls nur auszugsweise — jenen Teil des Berichtes, der sich mit der moralischen Beschaffenheit der SS-Wachmannschaft und ihrer Offiziere befaßt.

*

Die Wachmannschaften der Konzentrationslager haben angeblich die Aufgabe, die inhaftierten politischen Gegner zu »erziehen«, sie im Geiste Hitlers zu »schulen«. Man sollte meinen, es läge ihnen also daran, den Gefangenen zu zeigen, daß die Nationalsozialisten moralisch hochstehendere Menschen seien als die Marxisten, als das sogenannte Untermenschentum. Ich habe fast ein Jahr in enger Gemeinschaft mit 600 SS-Männern leben müssen, ich kenne sie betrunken und nüchtern, in ihrem Denken und Handeln, ich habe sie beim Stehlen und Betrügen, beim Schinden und Totschlagen gesehen, und ich weiß, daß ihnen nicht einmal an dem Schein eines vorbildlichen Lebenswandels, einer vorbildlichen Geisteshaltung gelegen ist. Nicht Voreingenommenheit gegen die SS bringt mich zu diesem harten Urteil, sondern mein naher persönlicher Umgang mit ihnen, zu dem ich als Arrestkalfaktor in besonderer Weise gezwungen war. Sie schreckten weder vor Urkundenfälschung noch vor Betrug, weder vor Diebstahl noch vor Unterschlagung zurück. Aber damit nicht genug: sie zwangen auch die Gefangenen zu den gleichen Vergehen.

Es sollen hier nur einige Fälle geschildert werden. Die Liste der Diebe und Betrüger in schwarzer Uniform ließe sich beliebig verlängern, denn diejenigen aus der Bewachungsmannschaft, die sich nicht in akropelloser Weise bereicherten, bildeten eine verschwindende Minderheit.

Ein Kompagnieführer

Kompagnieführer Breuning hatte die Buchbinderei unter sich. Dort ließ er seine und seiner Freunde Bücher neu und modern binden, ließ Familienbilder und Sportdiplome aus seiner Jugend, die viele, viele Jahre unbeachtet gelegen hatten, einrahmen. Außerdem benützte er seine Stellung als Kompagnieführer dazu, die Gefangenen in der Schuhmacherei und in der Schneiderwerkstatt, in der Photostube, in der Wäscherei und in der Tischlerei für sich arbeiten — und stehlen zu lassen. Alle Gegenstände, die er für seinen Haushalt oder als Geschenk »rasch« benötigte, bezog er auf diese Weise umsonst: Tabletts und Bügelbretter, Schreibzeuge und Nähkästen, Briefmarkenkassetten und Geldkästchen — vielseitig waren seine Wünsche und Aufträge.

Noch ein Kompagnieführer

Vom gleichen Schlage war Kompagnieführer Ludwig, der sich übrigens auch als Menschenschinder besonders hervortat. Hemmungslos »organisierte« er alles, was zur Bestreitung seines Haushaltes und seiner persönlichen Bedürfnisse nötig oder gerade zu erlangen war. »Organisieren« — das bedeutete in der SS-Ganovensprache: Stehlen. (Vielleicht leitete sich der Ausdruck von der nationalsozialistischen »Neuorganisation« der Gewerkschaften und anderer sozialistischer Arbeiterinstitutionen her.) Ludwig paßte seine amtlichen Verrichtungen seinem Raubbedürfnis an. Sie bildeten den Deckmantel für Diebstähle in Küche und Garten, bei der Tankstelle, in den Werkstätten der Schuhmacher und Schneider. Führte er Gefangene zur Freistunde in den Garten, so machte er sich an den Leiter der Gartenarbeiten heran. Wenn

er zurückkam, mußte ich ihm Spargel — oft bis zu zehn Pfund —, Salat, auch Steckpflanzen, Gurken oder Erdbeeren einpacken. Die Waren wurden von Schutzhäftlingen in Körben herbeigeschafft und waren stets durch andere, nicht auffällige Erzeugnisse verdeckt. (Ebenso handelten andere SS-Führer, u. a. Oberscharführer Schärer.)

Obgleich von der Kommandantur verboten war, Motorräder ins Lager zu bringen, fand Ludwig doch immer Gelegenheit, seine »Standard-Maschine« durch die Hauptwache zu schmuggeln. Von dieser Maschine wußten die ältesten Häftlinge übrigens zu erzählen, sie stamme aus einem Waggon von der Gestapo beschlagnahmter Motorräder. Ludwig ließ in den versteckten Räumen des Arrests, über den er die Aufsicht führte, von den Gefangenen alle Reparaturen an seinem Rad ausführen, er bestellte Elektriker und Mechaniker, Maler und Dreher. Da solche Arbeiten verboten waren, mußten die dazu gezwungenen Häftlinge immer damit rechnen, eine Arreststrafe dafür zu bekommen. Selbstverständlich gab es für den geleisteten Dienst kein Wort des Dankes. Auch Brennstoff und Öl wurden »organisiert«. Befand sich die Maschine nicht innerhalb des Lagers, dann schüttete der Arrestdiensthabe den Treibstoff in einen Elmer, deckte diesen mit einem Lappen zu, drückte mir den Scheuerbesen in die Hand. Ausgerüstet mit Trichter, Elmer und Schrubber, mußte ich in Begleitung Ludwigs die Hauptwache passieren. Dort meldete er: »Ein Posten und ein Gefangener zum Scheuern!« Im Unterstellraum für Motorräder füllte ich dann den Inhalt des Eimers in Ludwigs Maschine und wurde von ihm — unter Abgabe der gleichen Meldung — sofort zurückgeführt.

Die Schuhmacherei arbeitete oft für Ludwig. Er brachte gleich sechs Paar Schuhe an, darunter solche seiner Frau, derart heruntergerissen, daß ich mich geschämt hätte, sie einem Handwerker zu übergeben. Die in der Schuhmacherei beschäftigten Häftlinge mußten Leder und sonstige Materialien zur Wiederherstellung aus den Lagerbeständen stehlen, mußten falsche Buchungen machen. Wehe, wenn sie sich geweigert hätten! Uebrigens nahm kein SS-Mann daran Anstoß, auch nicht der Werkmeister des Betriebes, Scharführer Zarradnik (Wien). Es ist so Brauch. Und in der Fertigkeit, das Fehlen größerer Leder- oder Stoffmengen zu vertuschen, sind die »Erzieher« der Gefangenen wahre Meister. Gab es keinen anderen Weg, so wurden eben die Gefangenen des Diebstahls bezichtigt. Irgendwo in der Schuhmacherei beschäftigter Häftling — so z. B. Paul Männchen, Halle — wanderte dann für 21 oder mehr Tage in die Arresthölle.

Auch in der Küche wurde tüchtig gestohlen. Ludwig — der in meiner nächsten Nähe arbeitete und den ich deshalb am besten beobachten konnte — brachte täglich das Abendbrot für seine Familie in den Arrestkeller, vier bis fünf Portionen Würst, Butter, Fett, Käse, Gurken, Tomaten usw. Er sagte mir: »Die können daneben stehen, ich klaue ihnen doch, soviel ich will.« Brot kaufte er sich während der sechs Monate, die ich mit ihm leben mußte, überhaupt nicht.

Neben der Arrestaufsicht verrichtete Ludwig vertretungsweise Dienst für den Leiter der Photostube, Rottenführer Kössing. Ludwig ließ alles, was in seinem Haus und in seinem Freundeskreis lebte, auf die Platte bringen. Die unzähligen Aufnahmen, in größtem Format, auf bestem Papier und Karton — teilweise äußerst geschmacklos — sind nie verbucht, nie bezahlt worden. Wieder mußte ein Schutzhäftling für seinen Peiniger stehlen. Eines Tages ordnete der Kommandant Bananowski eine Revision der Bücher an und beauftragte mit der Prüfung aller Unterlagen — den Betrüger Ludwig. Nun hatte zwar Rottenführer Kössing, den Ludwig

vertrat, schon immer mächtig unterschlagen. 200 Mark dürfte er im Monat durch falsche Buchungen »verdient« haben, aber Ludwig machte ihm natürlich die Mauer, und die »Bücherrevision« fiel entsprechend aus. Ganovenehre! Allerdings hatte Ludwig selbst allen Grund, die wahren Zustände in der Photostube zu verheimlichen, denn er vertrat den Kössing ja in jeder Weise — auch beim Stehlen. Zu mir sagte er, wenn der Kommandant den Bericht bemängle, könne er noch immer die Ausrede brauchen, er sei Fleischer und verstehe von Buchführung nichts.

Ein Rottenführer

Der Rottenführer Herbert Waßmut-Torgau, der als Stenotypist im Lager arbeitete, war Spezialist für Fahrraddiebstähle. Er »organisierte« auf diesem Gebiet im großen. Fahrräder von SS-Leuten, die auswärts Dienst hatten, verschwanden aus dem Schuppen, Waßmut verkaufte oder verließ sie für Geld an seine schwarzen Kameraden. Manchmal nahm er die Räder auch auseinander, fügte hier und da einen unbrauchbaren Teil ein und stellte aus den so gewonnenen Materialien »fast neue« Räder zum Verkauf her.

Aber so trieben es alle

Wer immer es sein mochte, ein jeder unter den Angehörigen der Wachtruppe war bestrebt, sich auf Kosten der Allgemeinheit — und insbesondere der Gefangenen — zu bereichern. Schuhe und Kleidung »erwarbe« die SS mit möglichst wenig Unkosten. In vielen Fällen z. B. lauteten die Bestellscheine auf »Vorschuh« der Stiefel, die Schuhmacher jedoch mußten vollkommen neue anfertigen. Woher sie das Material nahmen und ob sie für den Diebstahl ins Arrest gingen, war ihre Sache. In den Handwerkerbetrieben — besonders in der Tischlerei — stellten die Gefangenen ganze Zimmer- und Wohnungseinrichtungen her, und zwar für den Kommandanten ebenso wie für die anderen »Führer« bis hinunter zum Rottenführer. Sie schufen aus alten Möbelstücken modernste Schreibtische, prächtige Schränke, fertigten Näh- und Spieltische an, stets mit den herrlichsten vielfarbigen Fourniereinlagen, bauten Kinderstühle und Klubsessel. Die Bestellzettel trugen wohl den Vermerk: »Aus altem oder gestelltem Material«. Aber das war nur ein Vorwand. In Wahrheit waren auch hier die Häftlinge zum Stehlen gezwungen. So brachte z. B. der Nachfolger des Rechnungsführers Kraus einen Schrank, der die frühere Armut des Besitzers erschreckend zeigte. Aus diesem »gestelltem Material« entstand ein in Birke gehaltener, 1,80 m breiter Wäscheschrank. So ließ der Kommandant Bananowski einen alten Schreibtisch zum Diplomaten-schreibtisch umbauen. Er, der früher nie ein Herrenzimmer besessen hatte, erhielt die Möbel für ein solches im Lager hergestellt.

Anfang August 1936 ließ die Lagerverwaltung plötzlich alle Möbelstücke, die sich in den Werkstätten in Arbeit befanden, in den Arrestkeller befördern. Durch zwei Eingänge kamen die Lackierer, die Tischler und Polsterer und schleppten fertige und halb vollendete Einrichtungsgegenstände herzu. In ganz kurzer Zeit war die Zelle Nr. 36, ein Raum für 20 Mann, vollgestopft mit Fluggarderoben, Kinderbetten, Schreib- und Nähtischen, Gartenmöbeln und Lehnstühlen, Kleider- und Bücherschränken. Es herrschte ein wüstes Durcheinander. In den Räumen des Arrestes, die zu betreten nur wenigen gestattet war, kamen und gingen jetzt die Handwerker, arbeiteten dort an ihren Werkstücken weiter. Die ordentlichen Betriebe aber waren wie ausgefegt. Die Oberen im Lager schwärmten wie die Bienen herum. Was war geschehen? Eine Besichtigungskommission war eingetroffen.

»Schnüffler« — so sagten die Wachtruppen. Ihnen verbarg die Lagerleitung die aus »altem und gestelltem Material« angefertigten Prachtgegenstände. Ich mußte auf Geheiß des Arrestdiensthabenden über dem Spion der Zelle 36 — das ist ein Schloch — einen Nagel einschlagen und daran eine Häftlingsmütze aufhängen. So konnte keiner sehen, was der Raum barg. Ich hatte strengen Befehl, die Zelle 36 keinesfalls zu zeigen. Nach der Abreise der »Schnüffler« ordnete die Lagerleitung an, daß die Möbel in die Werkstätten zurückgebracht wurden. Kamen wieder unerwünschte Gäste, so begann das Spiel von neuem.

All das waren keine Einzelercheinungen. Ob Ludwig oder Thieme, Kössing oder Schmidt, Waßmut oder Zarradnik, Breuning oder Schäfer, der Kommandant oder der Rechnungsführer — alle waren von der gleichen Raubsucht beherrscht. So sah der »Totenkopfsturmbann Elbec« aus, der die Besatzung des Lagers Lichtenburg bildete.

Tierquälerei

Zur Lust am Stehlen kam die Lust am Quälen. Sie wurde nicht nur an den Gefangenen ausgetobt, die Furchtbare erduldeten. Auch Tiere waren willkommene Objekte. So wird der in der SS-Küche beschäftigte Schutzhaftgefangene Schmidt vom Küchenchef, dem Scharführer Schmidt, aufgefordert, lebendige Schleien in siedendes Wasser zu werfen. Weil er sich weigerte, diesen Befehl auszuführen, erfolgte seine sofortige Ablösung und Versetzung zu den Abortreinigern.

Derselbe Scharführer Schmidt war von einem fanatischen Haß gegen Katzen erfüllt. Einer seiner Kameraden, der damalige Rottenführer Schumann, besaß eine hübsche, schwarzweiße Katze. Sie hielt sich größtenteils im Arrest auf. Wir alle hatten das Tier recht gern, fütterten und pflegten es. Eines Tages ist sie verschwunden und kehrte nie wieder. Rottenführer Schumann teilte mir einige Tage später mit, daß er unterrichtet sei, wie die Katze vom Scharführer Schmidt halbtot geschlagen und dann von ihm in das offene Feuer des Küchenherdes geworfen wurde.

Oft veranstalteten die Angehörigen der Wachtruppe unter dem Schutze der Nacht Jagden auf Katzen. Wir vernahmen dann das Schreien der Tiere, hörten das Klappern der Blechbüchsen, die ihnen die Schwarzen an die Schwänze banden, fanden sie am nächsten Tage zer schlagen mit heruntergerissenem Fell in irgendeinem Winkel. Keiner aber erlebte ein Einschreiten der Lagerleitung.

Geistige Stumpfheit

Ein besonderes Merkmal der Wachmannschaften war die geistige Minderwertigkeit und Stumpfheit. Viele SS-Führer und -Unterführer konnten kaum schreiben, geschweige denn rechnen oder gar einen Bericht formulieren. Einmal beabsichtigte der Arrestdiensthabe Ludwig eine Strafmeldung gegen den Arrestgefangenen Fischbock zu erstatten. Ich sollte die Anzeige schreiben, unterließ es aber. Als ich am frühen Morgen in die Dienststelle kam, saß Ludwig vor einer Anzahl beschmierter Zettel und »arbeitete« an der Meldung. Bisher waren die Versuche erfolglos gewesen. Er brachte es einfach nicht fertig, solch ein Schriftstück abzufassen. Auf diese Weise unterblieb die Anzeige. Der Kompagnieführer Hinkelmann konnte nicht einmal die Eintragungen in das Arresttagebuch machen, die von mir vorgeschrieben waren. Vier bis fünf Zeilen enthielten 15 bis 20 Fehler. Rottenführer Schumann erzählte mir, daß die Angehörigen der Wachtruppe Fragebogen über ihre Abstammung erhielten. Hinkelmann ließ das Formular liegen. Alle Aufforderungen der Kommandantur erfolglos blieben, erteilte der Lagerführer Remmert dem Rottenführer Schumann den Auftrag, gemeinsam mit »Ede« Hinkelmann

die gewünschten Angaben einzutragen. Die Brüder kannten sich untereinander, wußten von ihren Fähigkeiten und Qualitäten. Als im Frühjahr 1936 die auf der Kammer beschäftigten Häftlinge abgelöst und an ihrer Stelle Angehörige der Wachtruppe verwendet werden sollten, widersetzte sich der Rotenführer Schumann als Verwalter der Effektenkammer und erklärte: »Lieber arbeite ich mit fünf Häftlingen als mit zwanzig SS-Leuten.« Jene fünf seien zuverlässig, tüchtig und leisteten mehr als diese zwanzig. So unterblieb die Ablösung der fünf Schutzhaftgefangenen.

Alkohol

Eine schlimme Rolle spielte im Lager die Trunksucht der SS-Leute. Nicht selten währten die Saufgelage — auch »Kameraschaftsabend« genannt — bis zum hellen Morgen. Dann erfüllten die Wächter — besonders die beiden Kompanieführer Ludwig und Hinkelmann — ihre Dienstaufgaben in betrunkenem Zustand. Solche Tage waren schwer für uns alle. Irgendeinen bezeichneten die Torkeelnden dann als »ganz großen Lumpen«, holten ihn aus der Zelle und jagten ihn im Vorraum des Arrestes — einem etwa 50 Meter langen Gang — erbarmungslos hin und her, bis der Gepeinigete liegen blieb.

Der größte Teil der Arrestanten aus den Reihen der SS wurde wegen Trunkenheit eingeliefert. Mitunter war es ganz schlimm. Vier, fünf, ja acht Mann gingen an einem Tag — oftmals noch betrunken — in Arrest. Aber es half nichts, und die Auswahl war recht zufällig. Die anderen trieben es genau so weiter.

Ein trübes Kapitel bildeten die Kantinegelder. Die Gefangenen hatten das Recht, wöchentlich bis zu 15 Mark zur Bestreitung persönlicher Bedürfnisse und zur Beschaffung von Zusatznahrungsmitteln aus der Kantine zu verwenden. Der Umsatz betrug bei einer Belegschaft von ca. 800 Mann wöchentlich etwa 650 bis 700 RM. Die SS-Leute erhielten für alle Waren, die sie in der Kantine kauften, Bons, so daß nach Jahreschluß eine Rückvergütung von 10 Prozent ausgezahlt werden konnte. Wir zahlten die gleichen Preise wie die SS, mußten uns jedoch häufig mit den Waren begnügen, die minderwertig waren und keinen Absatz fanden. Aber auch für unsere Waren wurden der Kasse Bons entnommen und die darauf entfallenden 10 Prozent Rückvergütung einem besonderen Fonds zugeführt. Aus diesen von den Gefangenen aufgebrachtten Mitteln — den sogenannten Kantinegeldern — bestritt der »Totenkopfsturmbann Elbe« seine Saufgelage. An solchen Tagen schlichen diese Führer besoffen in den Küchen und Räumen umher oder lehnten zum Ekel der Eingekerkerten hilflos an Mauern und Türen.

Mißstimmung

Die hier geschilderten Zustände mögen ohnehin dafür Zeugnis geben, daß es den SS-Leuten nicht sehr um ihre sogenannten Ideale zu tun war. Aber sie sprachen auch aus, daß ihnen der »ganze Kram« bis zum Hals stünde. Während der sechs Monate, die ich im Arrest arbeitete, war mir wie kaum einem Zweiten Gelegenheit gegeben, mit vielen SS-Leuten zusammenzukommen, mich mit ihnen zu unterhalten, sie zu studieren. Selbst bei größter Anstrengung und gründlichem Nachdenken vermag ich mich nicht eines Falles zu erinnern, in dem die Zugehörigkeit zur SS mit nationalsozialistischer Ueberzeugung begründet wurde. Für alle war es eine Existenzfrage. Immer bildeten das niedrige Einkommen, die hohen Abzüge, der lange Dienst den Gegenstand unserer Gespräche. Die Absicht, eine lohnende Stellung zu suchen und aus der Wachtruppe auszuschneiden, sprachen sie oftmals aus. Jeder war unzufrieden und fragte, »wie er mit den paar Pfennigen über den Monat kommen sollte«. Der Klage, die Angehörigen der Wachtruppe seien »Gefangene mit Gewehr«, begegnete ich wiederholt. Auch wurde das Konzentrationslager häufig mit dem Namen »Korruptionslager Lichtenburg« belegt. Einmal zeigte mir Kompanieführer Ludwig das Hoheitsabzeichen und fragte, was das Blechtüchlein vorstelle. Als ich vorsichtig antwortete, ich sei seit drei Jahren eingesperrt und kenne dies nicht, erklärte er mir lachend: »Mensch, das ist der Parteispitz. Sag das aber nicht, wenn du draußen bist, sonst wirst du sofort wieder abgeholt.« Den Stahlhelm nannte jeder SS-Mann den »Parteihute«.

Sturmbannführer Daus-Hannover war der Sohn eines Spediteurs in Hannover. Er hatte die Absicht, aus dem Schwarzen Korps auszuschneiden. Der Vater war bereit, den Sohn in sein Geschäft zu nehmen. Trotzdem wurde das Entlassungsgesuch abgelehnt. Daus suchte nun, durch Widergesetzlichkeit eine fristlose Entlassung zu provozieren. Dafür ging er oft in Arrest: drei Tage, fünf Tage, wieder drei Tage, wieder fünf Tage, aber los kam er doch nicht.

Fristlose Entlassungen kamen allerdings auch vor. Ein »zu enger Umgang mit den Häftlingen« — also ein wenig Menschlichkeit — galt z. B. als Grund. Aber ob »schimpflich ausgestoßen« oder fristlos entlassen — keinen sah ich traurig darüber. Wohl aber erhielt ich in einigen Fällen Zigarren und Zigaretten mit den Worten: »Rauchen Sie eine Zigarette mit mir! Jetzt gehöre ich zu Ihnen.«

Selbstmorde

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Selbstmordversuche und Selbstmorde unter den Angehörigen der Wachtruppe während meines Aufenthaltes im Lager mit der geringen Entlohnung und mit der politischen Ernüchterung zusammenhängen.

So schoß sich Pfingsten 1936 der Rotenführer Clauswitz in Torgau, wo er seinen Urlaub verbrachte, ein Loch in die Brust. Mehrere Monate lag er zwischen Leben und Sterben im dortigen Krankenhaus. Als er Ende August 1936 geheilt nach Lichtenburg zurückkam, versah er seinen früheren Dienst weiter. Wenige Wochen später nahm der Sturmann Pulanitz eine Rasierklinge und schnitt sich in der

Kaserne die Pulsader auf. Auch hier blieb die Tötungsabsicht ohne Erfolg. Pulanitz wurde von seinen Kameraden gefunden und rechtzeitig zum Arzt gebracht. Nach seiner Genesung fand er in der SS-Küche Verwendung.

Anfang August 1936 erschloß sich im Abort der SS-Sturmann Edel-Erfurt. Obwohl wir alle wußten, daß er Selbstmord verübt hatte, ein großer Teil von Gefangenen den Schuß hörte und den Abtransport der Leiche sah, erfolgte seine Aufbahrung in der Kirche des Lagers. Letztere wurde abgesperrt. Keiner der Gefangenen durfte an ihr vorbeigehen. Essenher und andere Kolonnen mußten andere Wege gehen. Die Freistunde entzog man uns. Das dienstlich angeordnete Singen und Marschieren während der Freizeit — auch der »Sport« unterblieb — war von der Lagerleitung verboten.

In der Kirche aber zog alle zwei Stunden die Ehrenwache auf. Als nach mehreren Tagen die Leiche zur Ueberführung in die Heimat nach dem Bahnhof gebracht wurde, geschah dies in Begleitung des Musikzuges und der gesamten Lagerbesatzung in militärischer Weise.

Traueranzeigen der Mutter und seiner zwei Schwestern sowie des »Totenkopfsturmbannes Elbe« in den Erfurter Zeitungen, die unsere dort beheimateten Kameraden erhielten, gaben einen »Unfall im Dienst« als Todesursache an.

*

Sadismus, Brutalität, Korruption, Dummheit, innere Leere bis zum Lebensüberdruß — so sieht die SS im Lager Lichtenburg, so oder ähnlich sieht sie im ganzen Reiche aus.

Neuer Massenmord unter den Hochschullehrern

Kriek kündigt eine »Operation« an: Drittelung der deutschen Hochschulen und radikale »Zusammenfassung« des professoralen Mannschaftsbestandes . . .

Was Walter Frank, einstmals in der »Systemzeit« bei akademischen Prügelzeiten in vorderster Front des nationalsozialistischen Studentenbundes, unter den braunen Historikern ist, das ist Ernst Kriek unter den Philosophen und Pädagogen. Man darf ihn als einen der Einpeitscher des neuen Wissenschaftsbetriebes bezeichnen. Er hat zahlreiche Hochschullehrer unter Drohungen zur Gleichschaltung genötigt und an mißliebigen Konkurrenten jeglicher Rasse sein Mißfallen gekündigt. Gleich nach Hitlers Machtantritt wurde er Rektor der Frankfurter Universität und prominenter Verkünder der nationalsozialistischen »Wissenschaftslehre« neben Rust.

Aber nun — welche Ueberraschung! — gesellt sich dieser Günstling zu den Meckelern! Soeben läuft durch einen Teil der brau-

nen Presse ein großaufgemachter Artikel aus seiner Feder unter dem ominösen Titel: »Wo bleiben die Gelehrten?« Er konstatiert nach vierjähriger intensiver Umorganisation des deutschen Hochschulwesens den drohenden Zusammenbruch in der entscheidenden Frage:

»Es ist kein Geheimnis, daß der qualitative und quantitative Mangel an Nachwuchs die Hauptgefahr für die Zukunft der deutschen Hochschule darstellt. In einer ganzen Reihe von Fächern ist die Nachwuchs- und Ergänzungsfrage schon fast zu einer Katastrophe geworden. In drei Lehrgängen der Dozentenakademie habe ich beispielsweise unter rund 120 Kameraden einen einzigen Juristen zu sehen bekommen.«

Dies ist also das Resultat unzähliger Schulkurse, akademischer Gepäcksmärsche

und intensivster Anlese! Man hat soviel unter dem Nachwuchs geleidet und reglementiert, bis das Objekt dieser Erziehungsbearbeit unter den Händen der Erzieher so zusammengeschrumpft ist, daß man die Katastrophe alarmiert. Wer aber ist schuld daran? Die frühere Hochschulpolitik und ihre Nährväter, Liberalismus und Marxismus — versteht sich. In der Systemzeit hätte man, sagt Kriek, »Hohlräume« geschaffen, Expansion auf Kosten der Qualität, und die Wissenschaft und die Hochschule nur als Durchgangsstadien für stets breitere Berufsfelder betrachtet. Die neue Habilitationsordnung sei bis zur Stunde noch nicht in der Lage gewesen, an dieser Situation in sachlicher wie in materieller Hinsicht etwas zu bessern:

»Denn die erste Voraussetzung ist, daß in Hochschule und Wissenschaft ein

DerschlichteGesandte

Märchen für das deutsche Lesebuch.

Er kam aus dem schlichsten Lande der Welt,

bewohnt von den schlichsten Recken. Man aß dort nur Eintopf und hauste im Zelt und schlief unter härenen Decken.

Schon als er sich nahte, der Repräsentant dieser heldischen Welt des Entsagens, da schämten die Herren im britischen Land sich bei ihres satten Behagens.

Und siehe — er kam und er grüßte gar stolz mit dem Gruße der ehernen Norden. Er duldete um sich nur schlichsten Holz im Stile der Kreuzritterorden.

Er lebte gar hart. Sein spartanisches Tun kam dem Ruf seines Landes zugute, die Ältesten Lords selbst verbeugten sich nun vor dem neuesten adligen Blute.

Ein Vorbild — das war er, vom Führer erwählt,

die Gegner durch Schlichtheit zu zähmen. Und wenn Euch's ein Engländer anders erzählt,

so lügt er und sollte sich schämen.

Die Mord-Auguste

Eine herzige deutsche Dichterin

Auguste Supper war bis 1933 eine Unterhaltungsschriftstellerin für Backfische aller Lebensalter. Leicht blubbübelwiegend pflegten in ihren Romanen seriöse Männer lebenswerte, überwiegend blonde Mädchen zu

heiraten, wobei entsprechend der Sanftmut der Autorin jede politische oder weltanschauliche Tendenz vermieden wurde, um den Buchabsatz nicht zu gefährden.

Da wird die alte Dame — sie hat soeben die 70 erreicht — von den Kesselpauken des Dritten Reiches zu heroischen Spätleistungen angespornt. Im Lehmann-Verlag in München gibt sie soeben Erinnerungen »Aus halbvergangenen Tagen« heraus, die mit Recht die parteiamtliche Abdrucksgenehmigung erhalten haben, weil die alte Tante Auguste alle braunen Passagen vom Dolchstoß bis zur Rettung treu imitiert. Unter anderm berichtet sie ein Erlebnis aus dem Jahre 1918 — aus der Zeit, »als die Mißmacher Orgien feierten«. Da sei sie einmal ins Wartesälehen eines kleinen Bahnhofs gekommen und habe die Gespräche dreier Frauen mitangehört, Kriegerfrauen voller Verlangen nach ihren Männern und mit der Seele zugleich nach den Schuldigen für die lange Dauer des Krieges suchend:

»Verschieße sot mer den! Aufknüpfe muß mer den elende Tropfen!«

Frau Supper fragte, so berichtet sie weiter, wer denn damit gemeint sei: »Luden-dorff?« — »Noi, noi!« — »Hindenburg?« — »Noi, noi!« — »Der Kaiser?« — »Noi, noi, das wurd mer den Kaiser meine!« — Kurz darauf löste sich das Geheimnis folgendermaßen:

»Ha wissen Se, den, der wo schuldig ist, daß der Krieg so lang net ausgeht! Den — wie heißt er doch au — ?«

Da kam mir plötzlich die Erleuchtung. Der Name, den so viele der Einsichtigen damals säbneknirschend aussprachen, fiel mir ein.

»Erzberger meinen Sie.« Die drei kriegsmüden Frauen strahlten förmlich auf. Einestimmig kam die Beteuerung: »Jo, dene — —

Aus vollem Herzen gestand ich zu, daß auch ich diesem Schädling und Verräter an Deutschland den Lohn für sein Verhalten wünsche, und wir schiedem im besten Einvernehmen.«

Ja, der Erzberger, der Jud! Geschicht ihm schon recht! Er hat den Krieg gemacht, er hat ihn verlängert, er hat die Front erdolcht, nachher immer weiter nichts als verraten! Auguste Supper ist begeistert, daß später ihr Landsmann den »Lohn« durch zwei Mordbüben erhielt, mit denen sie herzverbunden war.

Wer bei dieser Dichterin etwa das goldige deutsche Gemüt vermissen sollte, wird von ihr an anderen Stellen des Buches durch ergreifende Schilderungen von Frauenleid und Mutterschmerz entschädigt, oft übersonnt von »lächelndem Humor«. So wird sie denn von Hans Friedrich Blunck und Heinz Steguweit mit Recht zum einstigen Dichtersetz Thomas Manns geleitet und mit einem Jubelkranz geschmückt: »eine deutsche Dichterin!« H.

Das typische Ende

Felix Riemkasten war einmal sozialdemokratischer Redakteur. Bei sich eine dreckige Affäre zuzuschulden kommen, mußte abtreten, schrieb einen pamphletistischen Roman gegen seine früheren Parteigenossen, wurde von den Hakenkreuzlern wohlgefällig aufgenommen und landete bei Hitler. Mehrfach wirkte er bei Festspielen des Dritten Reiches mit. Jetzt ist im Brunnen-Verlag ein Roman von ihm erschienen, der stellenweise wie ein Epilog der bisherigen Riemkasten-

sehen Erfahrungen anmutet. Die Handlung ist völlig nebensächlich, sie geht in nichts über das Durchschnittliche hinaus, aber die dazwischen gestreuten philosophischen Betrachtungen sind für das erneuerte Deutschland immerhin neuartig und beachtlich. Unsere äußere und unsere innere Welt haben nicht den gleichen Mittelpunkt, sagt Felix, dazu ist diese Welt viel zu gemein, sie läßt von unseren Jugendidealen nichts mehr übrig:

»Das Leben selber peitscht auf diese makellosen Rösser des Ideals los, es rupft ihnen die Schwingen Feder um Feder aus, sie können bald nicht mehr fliegen, sie sehen sich bald gezwungen, auf irdischen Bahnen zu bleiben, sie verwandeln sich bald unter dem Beifall der Verwandten, Vorgesetzten, Chefs und aller vernünftigen Menschen überhaupt in nüchterne, tüchtige Postkälber.«

Später mahnt uns »das Gute«, man muß sich Tag um Tag gegen diese Mahnungen zur Wehr setzen, denn man kann den anständigeren Regungen ja doch nicht folgen:

»Das kommt davon, daß man unter Menschen lebt. Man muß heulen mit ihnen. Es fragt sich eigentlich nur, wie laut. Und hier, an diesem Punkte, blühen die wenigen, staubtrockenen Blumen des Guten. Wir nehmen dir den Halunken nicht übel, den du spielen mußt, aber hübsch wäre es, wenn du überall da, wo das Theater geschlossen werden kann, diese häßliche Schminke abtun wölltest. Kurz gesagt: gut ist der, der nur da schlecht ist, wo das Gute sein gar zu hart bestraft werden würde durch verbrannte Finger. Gut ist der, der zum wenigsten eine kleine innere Welt inmitten der großen äußeren Welt zu erhalten bemüht ist. Bemüht.«

So gemein ist die Welt? Und das inmitten der neuen Volksgemeinschaft, die jedem

Das schwarze Femekorps

Exekutierender Maler — zitternde Presse

Auftrieb zur Neugestaltung von innen her einsetzt. An einigen Stellen ist der Durchstoß schon kräftig erfolgt. Kommt eine Wissenschaft, die wirklich in positiver Mitgestaltung und Mitverantwortung vor deutscher Volksgemeinschaft und deutscher Zukunft steht, dann wird solche erneuerte Wissenschaft auch dann eine mächtige Anziehungskraft auf die gute Jugend üben, wenn der Jugend dabei Opfer und Entbehrungen zugemutet werden.

Dazu genügt aber das liberale oder romantische »tulle Wachsende« nicht. Es muß vielmehr endlich an Hochschule und Wissenschaft eine geistige Führung einsetzen.

Darauf also will Kriek hinaus! Ihm ist an den deutschen Hochschulen trotz redlichster Bemühung mit Zuckerbrot und Peitsche der »Geist« noch immer nicht einheitslich, d. h. total genug. Die Führung entbehrt noch immer der gebotenen Straffheit. Noch immer sind zu viele »Lücken« da, die das nationalsozialistische Erneuerungswerk nicht ausreichend ausfüllen konnte — weil bestimmte Kreise der deutschen Wissenschaft nicht begreifen wollen, daß die Forschung und ihre Resultate von den politischen Maximen der Diktatur bestimmt werden. Erst wenn die Zweckbestimmung der Wissenschaft als Magd des Regimes bis zum letzten Lehrstuhl einwandfrei stabilisiert ist, wird sie nach Krieks Meinung die nötige Anziehungskraft auf die »gute Jugend« ausüben können.

Wie soll dieses Ziel erreicht werden? Kriek empfiehlt eine Radikalkur: die rücksichtslose Aufhebung etwa eines Drittels der bestehenden deutschen Hochschulen, verbunden mit einer gründlichen Siebung, über deren Prinzipien man nicht im unklaren gelassen wird: alles was unter den Hochschullehrern noch unterirdisch suspekt ist, soll endlich ausgemerzt werden. Was danach an »Männlichkeitsbestände« — Kriek denkt in Reichwehr- und SA-Formationen — noch übrig bleibt, wird »zusammengefaßt und neugeformt«.

Kriek ist nicht der Mann, der sich mit einer papierernen Operation begnügt. Tonangebend im zuständigen Ministerium, trittrale Sturmbote eines neuen akademischen Massenmords auf den Plan. Unter den Hochschullehrern, die bis zur Stunde geglaubt hatten, in leidlicher Deckung noch eine letzte bescheidene Insel eigener Dank- und Forscherarbeit zu besitzen, hat der Krieksche Aufsatz alarmierend gewirkt. Es wird — das ist das Gesetz der von ständiger Angst um ihren Bestand erfüllten Totalität — nicht eher Ruhe gegeben, bis nicht jeder Universitätskathedr von einem SA-Standartenführer besetzt ist.

Eine solche Klärung hat, um gerecht zu sein, vom Standpunkt des Kampfes um die Wiedereroberung der politischen und geistigen Freiheit, auch ihre Vorzüge. Wenn lauter Krieks »Wissenschaftsträger« sind, wird sich das künftige Reinigungswerk an den deutschen Universitäten ungeheuer vereinfachen und beschleunigen lassen.

Howald.

Immer mit dem nötigen Körnchen Salz gemessen: augenblicklich gibt es im Dritten Reich keine interessantere Zeitung als das »Schwarze Korps«. Allwöchentlich erscheinend, entwickelt sich das obligatorische Publikationsorgan der SS immer stärker zum drakonisch funktionierenden Oberzensor der zensierten Presse, womit es im Zeitungswesen genau die Rolle der SS als Gendarmerie für die SA übernommen hat. Wo angeblich die astrale Idee des Nationalsozialismus angetastet wird, wo noch jemand wagt, in politischen, weltanschaulichen und ästhetischen Dingen auf der schmalen Spur einer eigenen Meinung zu wandeln: erbittert stellt das »Schwarze Korps« den Schuldigen zur Rede und übergibt ihn dem Pranger. Fortlaufend veröffentlicht die braune Presse lange Riemchen aus dem »Schwarzen Korps« und stellt sich demonstrativ auf seine Seite; man kann ja nie wissen, ob man sich nicht eines Tages, wenn auch nur aus Versehen, eine rechte oder linke »Abweichung« leistet und die schwarze Exekutive auf sich lenkt. In der einstmaligen bürgerlichen Presse gibt es heute zahlreiche gleichgeschaltete Journalisten, die jeder neuen Nummer des »Schwarzen Korps« mit Zittern und Zagen entgegensehen.

Jetzt wird der bekannte Maler und Graphiker Otto Pankok in den Anklagezustand versetzt. Im Verlag Klepenheuer publizierte er eine »Passion« — das Leben und Leiden des Menschensohns, das sich nach dem »Schwarzen Korps« nicht einmal für Hottentotten geziemt. Der Verräter Judas habe darin das »nach jüdischer Vorstellung freche Aussehen eines Goise, Maria gleiche einer der sinnlich sentimental Jüdinnen nach den Büchern der Lasker-Schüler, während Petrus als mittelalterlicher, unverwundener arischer Saufaus dargestellt werde. Christus selber habe teilweise die ausgeprägten Gesichtszüge Lenins, teils — doch das muß man im Wortlaut lesen:

»Bewußt ist hier Christus als Jude mit allen rassistischen Merkmalen dieser Rasse dargestellt, und zwar in einer Malweise, die ihre geistige Abstammung von George Grosz und im Holzschnitt von Frans Masereel nicht verleugnen kann. Der mit Vorliebe angewandte azetische Ausdruck gleicht Beispielen praktischen Anschauungsunterrichts aus einer Schwachsinnigenanstalt, wo körperliche Mißgestaltung und idiotische Körperverrenkung die verheerenden Wirkungen eines erbkranken Nachwuchses aufzeigen.«

Die Folgen für Otto Pankok sind verheerend. Er wird als Gottlosen-Propagandist und als »sadistischer Pornograph« der Gestapo zur dringenden Beachtung empfohlen. Mit ihm aber werden eine ganze Reihe von Zeitschriften und Zeitungen vor das Sondergericht zitiert. Das sind neben dem kulturbolschewistisch von

früher belasteten Klepenheuer-Verlag der »Neue Tag«, der »Katholische Kunstwart«, der »Hamburger Anzeiger«, die »Königliche Zeitung« und die »Berliner Börsenzeitung«. Hier wäre nämlich u. a. über das Werk Pankoks zu lesen, daß »man sich zu diesen Künstlern noch bekennen wird, wenn die herrschenden Kunstströmungen längst verschollen sind«.

Nationaler Atheismus

Der braune Heidegott.

Die Entchristlichung des Christentums macht im Dritten Reich rasche Fortschritte. Den Schulen werden neue Religionsbücher aufgezungen. In einem Königsberger Verlag erschien dieser Tage »das neue Religionsbuch für die evangelischen Volksschulen Ostpreußens«. Wie die »Preussische Zeitung« schreibt, zeigt das Buch

»wie das aus den Fesseln des Judentums herauswachsende Christentum im deutschen Volkstum seine Prägung fand und sich mehr und mehr von den artfremden Bestandteilen zu lösen suchte. Der Tod Christi wird zum Sieg über die finsternen Mächte eines in Haß und Lüge, in Hochmut und Selbstgerechtigkeit verstrickten Judentums. Das Kreuz wird zum Zeichen der Versöhnung mit Gott.«

Das christliche Bekenntnis und seine Sakramente werden damit erledigt, denn sie betonen Christi Kampf gegen die Sünden und Leiden der gesamten Menschheit. Mit dem Kreuz will Jesus laut christlichem Dogma die Sünden und Leiden der ganzen Welt auf sich nehmen. Darin liegt das erdumspannende, überweltliche der christlichen Idee. Das Nazitentum macht einen kleinen Provinzialglauben, einen schädigen Konkurrenzkampf daraus, der allen Geboten der christlichen Ethik widerspricht.

Diese Entchristlichung unterstreicht auch der Erlaß für den Religionsunterricht in den Schulen von Anhalt. Auch in diesen Richtlinien kämpft Christus nur »gegen den jüdischen Gott«, das alte Testament »wird nur nach geschickt ausgewählten Auszügen gelehrt werden...« Geschicht ausgewählt — so lauten die behördlichen Anordnungen. Der Katechismus werde von der Kirche gelehrt, aber:

»Die Psalmen und Kirchengesänge werden interpretiert und nur unterrichtet werden, wenn sie im Einklang mit dem nationalsozialistischen Geiste sind.«

Was alles nicht im Einklang mit dem nationalsozialistischen Geiste steht, hat kürzlich bereits das SS-Organ im Namen der NSDAP festgestellt: Es gibt kein Jenseits nach kirchenchristlicher Auffassung, es gibt keinen Gott, der das Böse bestraft und das Gute belohnt, das ist:

»für den Menschen nordischer Rasse unerträglich, weil es mit der

Düster spricht das Schwarze Feme-Korps von »Flötentönen«. Es sind die Schalmeyen der Würgengel, die den Gezeichneten das Kaltnmal aufprägen: »Warte nur, bald«... Furcht und Schrecken ersticken die letzten Spuren schöpferischer Leistung und jagen die höllischen Versucher eigener Meinungsbildung in allen deutschen Redaktionsstuben in schimpfliche Flucht. H.

heldischen Weltanschauung unseres Blutes nicht vereinbar ist.«

Es gibt nur ein Diesseits und nur »die Ewigkeit des Alls und unseres Volkes...« Das ist nationaler Atheismus; die anderen Freidenker sind nur zu ehrlich, solche Gottesleugner noch christliche Religion zu nennen und Worte wie »Gott« und den »Allmächtigen« zum politischen Bauernfang zu mißbrauchen.

Lasset die Kindlein

zu mir kommen!

Durch die deutschen Zeitungen geht ein — offensichtlich vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP verschickter — Artikel über die »Neuausrichtung der Hilfsschulen«. Darin heißt es:

»Unter Sonderschulen sind alle Schulen und Erziehungsanstalten zu verstehen, die sich mit der Erziehung und dem Unterricht aller irgendwie körperlich oder geistig geschädigten Schüler befassen.

Statt nach der früheren liberalistischen Einstellung durch Erweckung des Mitleides die Fürsorge unnötig zu belasten, erstrebt die heutige deutsche Sonderschulerziehung die Weckung aller inneren Widerstände des Sonderschülers gegen sein Schicksal, um ihn, wenn irgend möglich, zu einem brauchbaren Mitglied der Volksgemeinschaft zu machen.«

Hinter diesem harmlos klingenden Satz birgt sich eine beispiellose Infamie. Nur kein Mitleid! Weckt »alle Widerstände des Sonderschülers gegen sein Schicksal! So werden gesunde Erwachsene — nämlich die Sonderschullehrer und -leiter — dazu angehalten, kranken Kindern das Leben zur Hölle zu machen, damit sie baldmöglichst dieser »Fürsorge« zu entkommen trachten. Sei es durch Flucht in die Unbeschüttheit, in das Preisgegebensein des sogenannten Landdienstes, sei es durch Selbstmord, sei es durch eine Verzweiflungstat, die lebenslängliche »Sicherungsverwahrung«, unter schlechtesten — und für den Staat billigsten — Bedingungen im Gefolge hat. Denn das Geld, das bisher für die kranken Kinder ausgegeben wurde, wird jetzt zur Herstellung jener Werkzeuge gebraucht, mit deren Hilfe man den Gesunden zu Leibe rücken kann.

Volksgenossen erst den Sinn seines Daseins offenbart und gerettet hat, wie die Nazi-phraseologie täglich predigt?! Hören wir dazu den erneuerten Riemkasten:

»Es ist eine banale Sache mit dem Leben. Wehe dem, der nicht langsam leben kann. Wehe dem, der nachdenkt... Wenn du schon lauerst und wartest auf etwas, das sich verlohnen soll, so hast du deine Zeit verloren. Nein, von außen kommt nichts.

Die Menschen wachsen heran und glauben, alles Vorige sei nichts gewesen gegen das, was sie nun hervorbringen gedächten. Sie bringen aber nichts hervor, das so groß wäre. Sie machen ein paar Erfindungen im Schönen und Nützlichen und glücken in den Sekunden des Erfindens auf... Sie sehen förmlich mit Augen die langen, großen Schritte des Fortschritts, aber bald danach sehen sie, daß nach wie vor Mühe und Elend, Armut, Rohheit und Geschick die Welt beherrschen. Das andere, das Gute, blüht im Blumentopf abseits.«

Ja, alles bleibt, wie es war, auch die »neuen Menschen«, die heranwachsen, werden älter und werden zum Narren, sagt Felix und niemand widerlegt ihn, ewig bleibt das Fragezeichen:

»Mit und ohne Fortschritt, mit und ohne Erschießen, Abbau und Aengstigung wird immer nur das Leben sein, das einfache Leben mit seinen graulichen Frageaugen und seinem herzabschnürenden Nicht-Antworten. Oh, wie magst du so töricht sein, allzu viele Fragen zu stellen, und wie vollends bist du ein Narr, du Narr; auch gar noch mit Fäusten gegen die Tür zu trommeln und eine Antwort durchaus zu verlangen. Nichts hast du zu verlangen.«

Steuern hast du zu zahlen, Kinder zu kriegen und das Maul zu halten — im Dritten

Reich mehr denn irgendwo und irgendwann in den letzten tausend Jahren. Alles ist eitel Illusion:

»Wir sind nicht geboren irgend wofür, denn alle Zwecke, die wir uns setzen, werden demnächst überholt und auf manchen Zweck sind wir schwelbend und herzbeschädigend zugerannt, der nachher ein Gipfel war, auf dem wir weiter nichts begehren, mit Grausen, als dies allein: Zurück, marsch, marsch! Zurück, zurück — alles sinnlos, heult mit den Wölfen, denkt nicht nach, kämpft nicht für Ideale, sondern sieht zu, daß jeder für sich ein kleines Stück eigener innerer Welt rette, jeder ein kleiner Individualist in der Westentasche — so lautet für diesen »Sucher« das jämmerliche Ergebnis von vier Jahren deutscher Erneuerung. Es ist die Philosophie der Wurschtigkeit, der Glaubenslosigkeit und ein eingestandener Bankrott. Es ist eine Philosophie jener dumpfen Resignation, die sich heute drüben breiter Massen bemächtigt hat.

Wo aber wird dieses Opus der Glaubenslosigkeit nachgedruckt, täglich vier Spalten? Im Königsberger Naziblatt. Man könnte denken, ein Kuckucksei wurde hier in einen Roman gewickelt, eine braune Redaktion wurde meuchlings hereingelegt. Doch der Kuckucksei sind zu viele und sie gerieten auch zu groß. Die pflaumenweiche Resignation des Romans scheint also erwünscht, erfüllt ganz offenbar einen bestimmten, gewollten Zweck: Riemkasten serviert unauffällig zwischen der Handlung eine Morallehre des Verzichts und der zivilistischen Feigheit, wie sie jeder Despot für seine Untertanen braucht. Die Diktatur lebt öffentlich von der Erneuerungs-

phrase und braucht heimlich das Sichabfinden mit einer durch Rohheit und Korruption verböseren, verschlechterten Welt.

Darum konnte dieser Roman erscheinen und darum wird er seinen Weg durch die Nazipresse fortsetzen. B. Br.

Kinder des Asphalts

Zu den preisgekrönten braunen Störern gehört auch Eberhart Wolfgang Möller, die rechte Hand des Präsidenten der Reichstheaterkammer. In einem Interview erzählt er dem »Westen«, er könne seine Ahnen »über 400 Jahre zurück als Bauern nachweisen...« Unter dem tuts heute drüben kein brauner Skribent, also nichts für ungut. Verübeln jedoch muß man es dem jungen Karrieristen, wenn er dem Publikum über die »innere Note« nach 1918 erzählt:

»Wir waren in eine Welt hinein entlassen, die uns unverständlich war und die doch die unsere sein sollte. Wir tasteten uns vorwärts, bis wir eines Tages aufgenommen wurden von der großen Bewegung der Erneuerung. Es wäre falsch, zu behaupten, daß wir das voraus gewußt hätten. Wir wußten gar nichts...«

Darum ließ sich Herr Möller zunächst ein bißchen tragen von der marxistischen Volkstheaterbewegung, von der er heute tapfer schweigt. Sein erstes Stück »Douaumont« wäre wahrscheinlich aus dem Schubfach nie heraus gekommen, wenn sich die Volkstheater seiner nicht angenommen hätten. Die Heimkehrertragödie gebärdete sich auch durchaus defätistisch und kam ebenso in expressionistischer Manier daher, wie seine nächsten Versuche. Das war noch 1928, als der Tapfere »noch nichts wußte«. Heute ist dieser Möller wohlbestallter Oberbannführer der RLF

und muß, wie der Johst, dieselbe »zersetzende Asphaltkunst« verleugnen, von der er herkommt. Auch ihn haben die 400 Jahre Bauern-Ahnen nicht gehindert, von einer »jüdischen Verirrung« zu profitieren. Charaktere fehlen uns, sagt Göring.

Gut gemeckert

Das Dritte Reich hat den Nobelpreis in Acht und Bann getan, weil es Angst haben muß vor jedem neutralen Wettbewerb und jeder Art neutralem Gericht. Die amüsanteste Begründung gibt ein Berliner Boulevardblatt:

»Es schierte das neue Deutschland wenig, daß einmal Einstein und andere jüdische Wissenschaftler, die in Deutschland wohnen, oder der nun ausgebürgerte demokratische Schriftsteller Thomas Mann den Preis erhalten hätten. Das waren Männer aus einer abgeschlossenen Periode.«

Aber im neuen Deutschland hätten andere Männer zur Verfügung gestanden, als der »rote Hetzer von Ossietzky«. Darum der neue Nationalpreis, der »wie ein Panale« wirken und sagen soll:

»Wir sind zwar ein armes Land, aber reich genug, um auf internationale Preise verzichten zu können. Was Deutschlands Söhne der Welt schenken, das können wir selbst prämiieren.«

Wir machen unseren Dreck alleine und was für die Welt von Bedeutung ist, das bestimmen wir! — Man muß zugeben; das ist prima gemeckert.

Ihr Geschmack. »Die 1906 von Bodo Eberhart erbaute burgartige Villa der alten Klein-Machnower Familie v. Hake ist von einer Reichsbehörde käuflich erworben worden.« (Berliner Zeitungsmeldung.)

Front und Führung sind eins

Arbeitsausschüsse und Arbeitskammern

Der Mangel an einer die Arbeiter wirklich erfassenden Organisation macht im Dritten Reich nicht nur den Generalen Sorge, die im kommenden Krieg nach dem völligen Versagen der Arbeitsfront keinerlei innere Verbindung zwischen Armee und Volk zu sehen vermögen; auch das Unternehmertum muß heute nach der Zerschlagung der Kollektivverträge jede überbetriebliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse missen. Das Wegengagieren der Facharbeiter war nur eines der Zeichen für die wild wuchernden Konkurrenzverhältnisse. Das Arbeitsordnungsgesetz hat zwar die Betriebsdiktatur für den Unternehmer gebracht, aber es hat gleichzeitig den Betrieb isoliert und nun tasten die Nazi-Organisatoren wieder einmal mit Reorganisationsexperimenten herum, um irgendwie überbetriebliche Organe der Arbeiter in Gang zu bringen.

Man sieht allmählich ein, daß die Leysche Arbeitsfront unverbesserlich geworden ist, so hat Herr Schacht nach einem ausführlichen Bericht des »Arbeitertums« vom 1. Februar seine »Leipziger Vereinbarung« ausgegraben, die er im März 1935 mit dem Ley getroffen, d. h. ihm diktiert hatte.

Da die Lohnfragen und die sozialpolitischen Erfordernisse innerhalb der Arbeitsfront von jeder Erörterung ausgenommen sind, aber schließlich doch täglich im Konkurrenzkampf der einzelnen Unternehmungen eine Rolle spielen, so sind ganz losgelöst von der Leyfront örtlich bzw. bezirklich Arbeitsausschüsse vorgesehen worden, die in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, d. h. unter der Konkurrenz »einen gerechten sozialen Ausgleich« herbeiführen sollen. Das »Arbeitertum« stellt fest, daß bis jetzt 3000 solcher »Arbeitsausschüsse« errichtet werden konnten, in denen insgesamt 35.000 Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder sitzen. Die Mitgliederzahl eines Ausschusses bewegt sich zwischen 6 bis 18 Mann, das Arbeiterelement wird in Gestalt von Syndicis, Personalreferenten und bewährten Nazis aus den Reichsbetriebsgemeinschaften repräsentiert, so daß nichts passieren kann. Gegenüber diesen »Arbeitnehmervertretern« waren die Gelben des seligen Lebus noch die reinsten Revolutionäre.

Die Leitung liegt bei den Gaubetriebsgemeinschaftswaltern, die bei jeder Gauverwaltung ein »Büro der Arbeitsausschüsse« errichten. Das Büro sorgt für den »zweckentsprechenden Einsatz« der Ausschüsse.

Da die Arbeiter und Angestellten bei der ganzen Einrichtung nicht das geringste zu melden haben, so nennt man die Einrichtung der Arbeitsausschüsse:

»Organe der Sozialen Selbstverantwortung«

Das »Arbeitertum« bringt dann eine lange Liste von Aufgaben, sie umfassen nahezu alle Arbeitsfragen der Betriebsarbeiter, d. h. das gesamte sozialpolitische Gebiet, das vorher der Arbeitsfront aus ihrer Tätigkeit genommen worden war. Tarifordnung, Unfallverhütung, Fürsorge, Mutterschutz, Leistungslohn, Akkordlohn, Lohngruppenverhältnisse, Nachwuchsfrage, Berufsausbildung usw. werden im einzelnen aufgeführt.

Die Ausschüsse haben wie alle Diktatureinrichtungen »der Befriedung« der gewerblichen Wirtschaft zu dienen.

»Ist ein Ausschuß einberufen worden, so bleibt er bei seinen Beratungen unter sich.«

Jedes Ausschußmitglied wird abwechselnd einmal den Vorsitz führen. Abstimmungen finden nicht statt, vielmehr soll die Antwort auf eine gestellte Frage

»durch Aussprache und gegenseitige Aufklärung und Belehrung«

gefunden werden. Durch diese neue Form der Demokratie

»wird der Wille zur Mitformung der neuen Sozialordnung der Wunsch zur Besserung von Unzulänglichkeiten als selbstverständliche Mitarbeit in der Form der Beratung der verantwortlichen Führung nutzbar gemacht«

So beschäftigen sich die Arbeitsausschüsse mit den sozialen Fragen eines engeren Fachgebietes. Im übrigen kann der Treuhänder und der Amtswalter ohne Rücksicht auf Arbeitsausschüsse machen, was er will:

»Seine Aufgabe, begründet in seinem Führertum, ist es ja, aus der Fülle der Beratungen das Richtige zu erkennen und danach zu handeln.«

Der Arbeitsausschuß hat also in letzter Linie nichts zu sagen, das eben ist das Große an diesen »Organen der Sozialen Selbstverantwortung«.

Mit dieser Neubelebung der Arbeitsausschüsse haben auch die aus der Leipziger Vereinbarung hervorgegangenen Arbeitskammern

nach langer Zeit wieder Auferstehung gefeiert, deren es im Dritten Reich 26 an der Zahl geben soll. Sie reichen in ihrer Tätigkeit über das betriebliche und fachliche hinaus, sie sind eines der Instrumente für den wehrpolitischen Arbeitseinsatz. Ihre demokratische Zusammensetzung sieht etwa wie folgt aus.

Als Mitglieder gehören einer Kammer an: die Abteilungsleiter der Gauverwaltung, die Gaubetriebsgemeinschaftsleiter, die Kreisobmänner, Vertreter der Partei, des Nährstandes, der Wehrmacht usw., ferner je ein

Betriebsführer und ein williges Gefolgschaftsmitglied der im Gau vertretenen Betriebe. In der arteigenen Sprache der Nazis wird eine solche Zusammensetzung erläutert:

»Hier sind also Front und Führung in einem Organ der sozialen Selbstverantwortung vereinigt.«

Ähnlich diesen Bezirkskommando-Kammern ist dann zentral als oberstes Organ die Reichsarbeitskammer zusammengestellt. Das Büro der Reichsarbeitskammer nennt sich: »Amt Soziale Selbstverwaltung«. Die demokratische Selbstbestimmung ist

bei Kammern in gleicher Weise wie bei Arbeitsausschüssen sichergestellt:

»Kein Organ entscheidet, oder befiehlt, jedes dient nur der sachlichen und fachlich richtigen Beratung der Männer, die es leiten.«

Alle diese Selbstverantwortungsorgane, Arbeitsausschüsse und Arbeitskammern sollen die »vorwärts strebende Sozial- und Wirtschaftspolitik« und den sozialen Frieden sichern.

Die ganze Proklamation zur braunen Selbstverantwortung schließt mit der Feststellung:

»In diesem Frieden gewinnen wir den Kampf um den deutschen Sozialismus!«

Und sollte es Krieg geben, so sind, wie schon gesagt, Front und Führung rechtzeitig vereinigt.

Der Bankrott in der braunen Sportbewegung

Am Vorabend der Berliner Olympiade mußten die ehemals bürgerlichen Sportverbände Deutschlands ihre Selbstauflösung offiziell beschließen, nachdem die Hakenkreuzsportführer, die in den Bezirken, Kreisen und Gauen von den Nazi eingesetzt waren, dem Verbands- wie Vereinsleben schon jede Selbständigkeit genommen hatten. Da die Jugend mit dem römischen Ehrendolch in Deutschland bekanntlich zur Staatsjugend erklärt wurde, wurde nunmehr in einem Gesetz bestimmt, daß alle Jugend nur der Hitler-Jugend angehören darf und muß. Die Sportvereine als solche dürfen keine eigenen Jugendabteilungen mehr unterhalten. Die Kinderabteilungen der Sportvereine müssen in das braune Jungvolk überführt werden. Als Jugendwarte dürfen nur solche übernommen werden, die Mitglieder der Hitler-Jugend sind. Die vom »Deutschen Reichsbund für Leibesübungen« bestellten Gau-, resp. Kreisjugendwarte werden den Gebiets- und Bannstäben der Hitler-Jugend zugeteilt. Die Sportvereine dürfen keine eigenen Kinderabteilungen unterhalten, dürfen keine eigenen Jugendwandergruppen aufstellen, keine Jugendfahrten, Wanderungen, Zeltlager usw. veranstalten, aber auch keine Heimabende, Jugendversammlungen und Jugendunterhaltungsabende abhalten. Das alles wird ausschließlich nur von der Hitler-Jugend betrieben und ist den Sportvereinen verboten.

Die starke Beschränkung der erzieherischen Tätigkeit der Sportbewegung, die Unterbindung der von ihr bisher geleiteten Jugendarbeit fördert die Unzufriedenheit unter der Sporterschaft ganz außergewöhnlich. Diese Unzufriedenheit jedoch ist keine plötzliche Neuerscheinung im Organisationsleben des gleichgeschalteten Sportes, sondern sie griff bereits Platz, als dem ersten Freudenrausch der bürgerlichen Sportführer über die brutale Zerschlagung des deutschen Arbeitersportes der erste Katzenjammer folgte. Als sie merkten, daß ihre Rolle eine ungewöhnlich schäbige sein mußte, daß die ernannten braunen Sportführer aus der bürgerlichen Sportbewegung eine Untergliederung der NSDAP machten und die bisherigen Exponenten der bürgerlichen Sportbewegung aller Tradition zum Gespött rücksichtslos ihres Einflusses entkleidete. Doch auch Maßnahmen organisatorischer Art schürte Mißmut und Unwillen, wie auch die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung auf die Haltung der Sportanhänger wie Mitglieder nicht ohne Einfluß blieb.

Doch auch die finanziellen Mehrbelastungen, die den Vereinen von der neuen braunen Dachorganisation, dem »Deutschen Reichsbund für Leibesübungen« mit dem Junker von Tschammer und Osten als Reichssportführer an der Spitze, auferlegt worden sind, züchteten Unzufriedenheit, Mißmut, Verbitterung. Denn die Abgaben, die heute die Sportvereine nach Berlin abführen müssen, die gesamte Mehrbelastung der Vereine überhaupt macht durchschnittlich 10 bis 50 Prozent, teilweise sogar noch darüber hinaus, aus. Infolgedessen stecken die Mehrzahl der Vereine in Geldsorgen, die sie früher nicht gekannt haben. Beschwerden und Klagen gehen überreichlich an die Kreis-, bzw. Gauverwaltungen, in denen mit oft mit erstaunlicher Offenheit die Finanznöte der Vereine als Folge der unerträglichen neuen Mehrbelastungen und die Gefahren für die Existenz der Sportvereine geschildert werden. Immer häufiger stößt man unter der aktiven Mitgliedschaft und insbesondere im Kreise der Funktionäre auf Meinungen, wie: »Das ist nun der Reichsbund. Einen großen Apparat, viele neue Bonzenstellen und wir müssen blechen bis zum Weißbluten. Das nennt sich nun Vereinheitlichung, Vereinfachung, nationalsozialistische Ausrichtung.«

Die ungeheure Mehrbelastung durch die na-

tionalsozialistische Zwangsorganisation im DRL ergibt sich deutlich aus folgender Gegenüberstellung: Ein kleiner Verein mit 25 Mitgliedern und bisher 12 Jugendlichen hat jetzt an Reichsbund- und Fachamtsbeiträgen insgesamt jährlich rund 100 Mark abzuführen. Dazu kommen noch die Bezugsgelder für die einzelnen Zeitungen wie das Reichssportblatt des Junkers von Tschammer und Osten, den Dietwart, das Gauverordnungsblatt usw. in Gesamthöhe von jährlich 40 Mark. Zusammen sind das 140 Mark, die dieser Verein allein abführen muß. An Mitgliedsbeiträgen nimmt dieser Verein jährlich jedoch nur 124 Mark ein, wobei die Jugendlichen 20 Pfennig, einige arbeitslose Mitglieder 25 Pfennig und die in Arbeit stehenden Mitglieder 50 Pfennige Monatsbeiträge entrichten. Einer Einnahme aus Beiträgen von 124 Mark stehen also 140 Mark allein an Organisationsabgaben nach der braunen Berliner Zentrale gegenüber. Bei der gleichen Höhe der Mitgliedsbeiträge hat ein solcher Verein vor der Hitlerdiktatur an den Arbeitersportverband jährlich 37 Mark für Bundesbeitrag, Zeitungen für 10 Mark, Kreis-, Bezirksbeiträge zusammen 14.80 Mark, insgesamt 61.80 Mark abgeführt, so daß ihm von seinen 124 Mark Mitgliedsbeiträgen 62.20 Mark in der Vereinskasse verblieben. Jetzt, im goldenen braunen Zeitalter aber muß der Verein seine gesamten Mitgliedsbeiträge nach Berlin abführen und außerdem noch 20 Mark drauflegen. Eine famose Sache für die braunen Bonzen.

In manchen dieser kleinen Dorfvereine ist von den Funktionären schon des öfteren allen Ernstes die Auflösung des Vereins erwogen worden, und nur die Furcht vor der braunen Gewalt, vor den Konzentrationslagern und Zuchthäusern hat sie davon Abstand nehmen lassen. Denn ohne viel Federlesens kann

Der Klapperstorch im Korrektilionslager

Wer nicht genug Kinder bekommt, macht sich strafbar.

Im Württembergischen Landespressedienst des DNB fordert der Leiter des Württembergischen Landesgewerbeamts Pg. Oberbaurat Meuth:

»Scheu vor Ehe und Kindersegen müssen den Beamten bei seinem dienstlichen Fortkommen ebenso belasten wie fachliche Untüchtigkeit, mangelnder Eifer und Unzuverlässigkeit.«

Aber das Rassepolitische Amt der NSDAP geht noch weiter. Es will nicht nur den Beamten, es will auch den Arbeiter für seine »Kinderscheu« bestraft wissen. Die »Deutsche Presse« teilt mit:

»Nach einer Veröffentlichung des Sachbearbeiters für praktische Bevölkerungspolitik im Rassepolitischen Amt der NSDAP, Prof. Dr. Staemmler, wird ein Maß der Entschädigung gefunden werden, das dahin führt, die Kinderreichen materiell den Kinderarmen oder Ledigen desselben Einkommens gleichzustellen...«

Bei dem Lastenausgleich wird zwischen dem Werklohn, also dem reinen Arbeitsentgelt, und dem Familienlohn unterschieden werden. Während der Ledige nur auf den Werklohn Anspruch haben wird, soll beispielsweise der Vater von fünf Kindern einen entsprechenden Familienlohn erhalten. Der Unterschied zwischen dem Werklohn und dem Familienlohn, den man also als Familienzulage bezeichnen kann, soll nach der Veröffentlichung Prof. Dr. Staemmlers bei einer systematischen Regelung nicht dem Betriebsleiter aufgebürdet werden. Dieser Mehrbezug soll vielmehr die Ausgleichshilfe notwendig machen, die von den Kinderarmen und Ledigen in irgendeiner Art aufgebracht werden soll.

Das ganze heißt dann »Leistungslohn«. Was geschieht übrigens dem kinder-

so was als staatsfeindliche Einstellung bewertet und geahndet werden. Die Notlage der großen Vereine ist nicht geringer. Die Mehrbelastung wirkt sich bei ihnen noch drückender aus. Diese Vereine nahmen bisher Zuflucht zu Veranstaltungen, um aus diesen Ueberschüssen Ausgaben zu decken. Doch auch dieser Weg ist versperrt, weil die Veranstaltungen derart schlecht besucht werden, daß Ueberschüsse nicht mehr erzielt werden können. Der Bankrott der braunen Sportpolitik und Organisation findet eine treffende Beleuchtung durch den Umstand, daß beispielsweise im Gau Sachsen neuerdings eine Unmasse Vereine durch den Gauverwalter gesperrt worden sind, weil diese Vereine die Beiträge an den »Reichsbund für Leibesübungen« (DRL) nicht abgeführt hatten. Allein im Kreis Zwickau i. Sachsen und im Unterkreis Aue-Schwarzenberg sind 25 Vereine aus diesem Grunde gesperrt worden. Die Aufhebung der Sperre kann nur durch den Gauverwalter nach Vorlegung des Belegs, der die Bezahlung der Beiträge an Berlin ausweist, erfolgen. Als ein Opfer dieser Zustände ist der Schwimmverein »Poseidon«, Leipzig, anzusehen. Dieser Verein war einer der angesehensten und rentabelsten Sachsens. Er ist finanziell derart verfahren und durch die neue Zwangsorganisation des DRL so überlastet worden, daß sich dieser Verein im Dezember 1936 zur Selbstauflösung entschließen mußte.

Im Bankrott offenbart sich das Ergebnis der Hakenkreuzkultur. Das ist nicht allein wirtschaftlich-politisch gesehen so, sondern auf der ganzen Linie. Auch die Sportvereine machen hier keine Ausnahme, und das um so weniger, da ja das Ziel der braunen Sportpolitik ebenso kriegerisch ausgerichtet ist wie die Innen- und Außenpolitik der hakenkreuzlerischen Kriegshetzer.

armen Betriebsführer? Muß er seinen Profit mit kinderreicheren Kollegen teilen — oder wird bei den Führern ohnehin Erbuntüchtigkeit vorausgesetzt?

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. M. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 15.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fra. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guld 0.45 (5.40), Deutschland Mk 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld 0.15 (1.80) Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—) Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40) Ungarn Pengö 0.35 (4.20) USA 0.08 (1.—)

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakien: Zeitschrift »Neuer Vorwärts«: Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts«: Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«: Beograd Nr. 51.605. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.